



Stenografischer Bericht

68. Sitzung

Dienstag, 2. April 2019,

Magdeburg, Landtagsgebäude

Inhalt:

Eröffnung..... 3

Tagesordnungspunkt 1

Erste Beratung

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalverfassungsgesetzes

Gesetzentwurf Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/4125**

Entschließungsantrag Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/4156**

Dr. Katja Pähle (SPD)..... 3

Daniel Roi (AfD)..... 5

Christina Buchheim (DIE LINKE) 7

Sebastian Striegel (GRÜNE) 8

Tobias Krull (CDU) 9

Abstimmung..... 10

Tagesordnungspunkt 2

a) Regierungserklärung des Staats- und Kulturministers Herrn Robra zum Thema: „Für Sachsen-Anhalt: Europa wählen!“

Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur) 10

André Poggenburg (fraktionslos)..... 15

Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur) 15

Alexander Raue (AfD)..... 16

Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur) 16

b) Aussprache zur Regierungserklärung

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD)..... 17

Dr. Katja Pähle (SPD)..... 20

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD)..... 22

Oliver Kirchner (AfD)..... 22

Wulf Gallert (DIE LINKE) 22

Robert Farle (AfD) 25

Wulf Gallert (DIE LINKE)	25
Siegfried Borgwardt (CDU)	26
Wulf Gallert (DIE LINKE)	27
Alexander Raue (AfD).....	27
Wulf Gallert (DIE LINKE)	28
Dorothea Frederking (GRÜNE)	28
Markus Kurze (CDU)	29
Dorothea Frederking (GRÜNE)	34
Sebastian Striegel (GRÜNE)	34
Wulf Gallert (DIE LINKE)	35

Tagesordnungspunkt 3

Beratung

Verordnung über personelle Anforderungen für stationäre Einrichtungen und betreute Wohngruppen nach dem Wohn- und Teilhabegesetz des Landes Sachsen-Anhalt (Wohn- und Teilhabegesetz-Personalverordnung - WTG-PersVO)

Beschlussempfehlung Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration - **Drs. 7/3967**

Änderungsantrag Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/4142**

Ulrich Siegmund (Berichterstatter).....	35
Abstimmung.....	36

Tagesordnungspunkt 4

Wahl von zwei Ersatzpersonen als stimmberechtigte Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses

Wahlvorschlag Landesregierung - **Drs. 7/4138**

Abstimmung	36
------------------	----

Tagesordnungspunkt 5

Beratung

Stellungnahme zu dem Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht - Landesverfassungsgerichtsverfahren LVG 6/18 (ADrs. 7/REV/58)

Beschlussempfehlung Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung - **Drs. 7/4139**

Abstimmung	37
------------------	----

Schlussbemerkungen.....	37
--------------------------------	-----------

Beginn: 10:02 Uhr.

Eröffnung

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich eröffne hiermit die 68. Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt der siebenten Wahlperiode.

(Unruhe)

- Ich bitte, den Geräuschpegel etwas zu senken, damit jeder weiß, mit welchem Tagesordnungspunkt wir gleich beginnen wollen. - Vielen Dank.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses fest.

Folgende Entschuldigungen von Mitgliedern der Landesregierung liegen mir vor: Frau Ministerin Dalbert ist am heutigen Sitzungstag krankheitsbedingt ganztägig abwesend.

(Unruhe)

- Liebe Kollegen, ich weiß, es ist etwa vier Wochen her, dass wir uns zum letzten Mal in einer Landtagssitzung gesehen haben. Aber ich denke, Sie werden draußen die Möglichkeit haben, sich auszutauschen. Auch mein Kollege Herr Daldrup wird sich jetzt auf seinen Platz begeben. - Danke.

Zur Tagesordnung. Sehr geehrte Damen und Herren! Die Tagesordnung für die Sitzung des Landtages liegt Ihnen allen vor. Auf ein Verlangen von mehr als einem Viertel der Mitglieder des Landtages, die sämtlich den Fraktionen der CDU, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angehören, habe ich gemäß § 45 Abs. 2 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt in Verbindung mit § 55 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung den Landtag außerhalb des durch den Ältestenrat beschlossenen Terminplanes einberufen, um in der heutigen Sitzung des Landtages die erste Beratung über den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalverfassungsgesetzes durchzuführen. Wie in der Sitzung des Ältestenrates vereinbart, widmen wir uns danach der Behandlung weiterer Tagesordnungspunkte.

Gibt es bezüglich der heutigen Tagesordnung Ergänzungsanträge oder -vorschläge?

(Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff betritt den Plenarsaal)

- Das Oberhaupt der Landesregierung ist eingetroffen. Daher habe ich die gute Hoffnung, dass alle anderen Regierungsmitglieder jetzt auch eintreffen werden.

(Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff: Sie kommen alle!)

Ich sehe keine Wortmeldung. Also werden wir heute nach der vorliegenden Tagesordnung verfahren.

Wir kommen nunmehr zum

Tagesordnungspunkt 1

Erste Beratung

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalverfassungsgesetzes

Gesetzentwurf Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/4125**

Entschließungsantrag Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/4156**

Einbringerin wird die Abg. Frau Dr. Pähle sein. Sie haben das Wort. Bitte.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, dass ich ein etwas längeres Zitat an den Beginn meiner Ausführungen stelle, weil es schlicht und eindrucksvoll sagt, worum es heute geht. Es stammt aus der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen, die von Deutschland heute vor zehn Jahren und einer Woche, am 26. März 2009, ratifiziert wurde. In Artikel 29 - Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben - heißt es:

„Die Vertragsstaaten garantieren Menschen mit Behinderungen die politischen Rechte sowie die Möglichkeit, diese gleichberechtigt mit anderen zu genießen, und verpflichten sich, [...] sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen wirksam und umfassend am politischen und öffentlichen Leben teilhaben können, [...] was auch das Recht und die Möglichkeit einschließt, zu wählen und gewählt zu werden [...]“

Weiter heißt es:

„[...] unter anderem [...] stellen sie sicher, dass die Wahlverfahren, -einrichtungen und -materialien geeignet, zugänglich und leicht zu verstehen und zu handhaben sind [...]“

Ich denke, zehn Jahre nach der verbindlichen Annahme dieses internationalen Übereinkommens steht es uns gut an, bei der Umsetzung voranzuschreiten. Eigentlich ist es schon viel zu spät.

(Zustimmung bei der SPD und von Olaf Meister, GRÜNE)

Dieses Vorschreiten wollen wir heute tun.

Meine Damen und Herren! Am 29. Januar dieses Jahres hat das Bundesverfassungsgericht ein historisches Urteil gesprochen. Das Gericht hat aufgrund einer Verfassungsbeschwerde mehrerer Betroffener geurteilt, dass zwei Gruppen von Menschen bislang zu Unrecht vom Wahlrecht ausgeschlossen waren. Das sind zum einen Bürgerinnen und Bürger, für die ein Betreuer in allen Angelegenheiten bestellt wurde; zum anderen sind es Personen, die infolge von Schuldunfähigkeit in einem psychiatrischen Krankenhaus untergebracht sind.

Der Richterspruch betrifft auch uns als Land Sachsen-Anhalt, weil die erste Gruppe, die sogenannten Vollbetreuten, auch durch unser Wahlgesetz und unser Kommunalverfassungsgesetz vom Wahlrecht zum Landtag und zu den kommunalen Vertretungen ausgeschlossen ist. Damit verstoßen auch wir in diesem Punkt gegen das Benachteiligungsverbot des Grundgesetzes und müssen gesetzgeberisch tätig werden. Für die zweite Gruppe gibt es in Sachsen-Anhalt hingegen keinen Handlungsbedarf, weil sie nach Landtagsrecht schon bislang nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

Wir machen Ihnen als Koalitionsfraktionen, meine Damen und Herren, heute einen Vorschlag, mit dem wir schon zur Kommunalwahl am 26. Mai 2019 einen verfassungskonformen Zustand herstellen können und damit geschätzt 2 500 Menschen in Sachsen-Anhalt das ermöglichen, was ihnen zusteht.

Sie alle tragen mit Ihrer Teilnahme an dieser zusätzlichen Sitzung des Landtages dazu bei, dass wir dieses zeitlich sehr ehrgeizige Vorhaben stemmen können und das Gesetz so verabschieden, dass eine rechtzeitige und rechtssichere Ergänzung der Wählerverzeichnisse möglich ist. Dafür mein herzlicher Dank.

(Zustimmung bei der SPD)

Damit gelingt uns eine Lösung, die im Deutschen Bundestag für die Wahl des Europäischen Parlamentes leider nicht rechtzeitig zustande gekommen ist. Dass wir das in Sachsen-Anhalt hinbekommen, ist eine wirklich gute Sache.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir wollen aber als Koalitionsfraktionen noch einen deutlichen Schritt weiter gehen, was die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen angeht. Deshalb legen wir Ihnen ergänzend einen Entschließungsantrag vor, der sich mit weitergehenden Maßnahmen befasst. Der erste Punkt des Antrages behandelt eine pure Selbstverständlichkeit, nämlich die Bitte an die Landesregierung, auch das Wahlgesetz entsprechend anzupassen, damit auch zur Landtagswahl ein verfassungskonformes Wahlrecht vorliegt.

Danach wird es spannend; denn dann geht es darum, was wir tun können, um das vorhin zitierte Vorhaben der UN-Behindertenrechtskonvention Wirklichkeit werden zu lassen, dass die Wahlverfahren, -einrichtungen und -materialien geeignet, zugänglich und leicht zu verstehen und zu handhaben sind. Es geht nämlich nicht nur um Wahlrecht, sondern auch um die tatsächliche Möglichkeit zu wählen. Dafür ist noch viel zu tun, aber dafür können wir auch eine Menge tun.

Das betrifft zum einen den barrierefreien Zugang zum Wahllokal für Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind. Dabei geht es nicht nur um Menschen, die im Rollstuhl sitzen, sondern auch um viele unserer älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger, die im Alltag eine Gehilfe brauchen und für die schon die Treppe zu einem alten Schulgebäude, in dem gewählt wird, eine unüberwindliche Hürde darstellt.

Mir ist klar, dass sich barrierefreie Wahllokale in jedem Ort und an jeder Stelle nicht einfach verordnen lassen. Aber die Zahl barrierefrei ausgestatteter Räumlichkeiten nimmt zu, nicht allein auch dank staatlicher Förderungen. Ich denke, wir können von den Verantwortlichen in den Kommunen erwarten, dass sie alle Möglichkeiten ausschöpfen, die sich bieten, und die Zugänglichkeit zu den Wahllokalen immer weiter verbessern.

Unser Antrag schlägt weiterhin vor zu prüfen, wie man Informationen zur Wahl in einfacher Sprache und in Gebärdensprache zur Verfügung stellen kann.

Meine Damen und Herren! Man muss gar keine Behinderung im klassischen Sinne haben, um an amtlichen Erläuterungen zu verzweifeln.

(Zustimmung von Olaf Meister, GRÜNE)

Für viele Menschen ist der Text einer Wahlbenachrichtigung eine ebenso hohe Hürde wie die Treppe zum Wahllokal für die Rentnerinnen mit dem Rollator.

(Zustimmung von Dagmar Zoschke, DIE LINKE)

Das muss aber nicht so sein. Mit dem Einsatz von einfacher Sprache sammeln immer mehr Behörden gute Erfahrungen. Auch im Kontext von Wahlen ist sie schon angewandt worden. Wir wollen uns anschauen, wie in anderen Ländern damit umgegangen wurde, und nach guten Lösungen für Sachsen-Anhalt suchen. Das gilt auch für den Einsatz von Gebärdensprache dort, wo es möglich und sinnvoll ist. Barrierefreie Webseiten von Wahlbehörden sollten ohnehin eine Selbstverständlichkeit sein.

Schließlich sollen auch die Möglichkeiten genutzt werden, Stimmzettel übersichtlicher zu gestalten. Ein ganz wesentliches Element ist der Abdruck

der Parteilogos auf dem Stimmzettel. Das klingt erst einmal ungewohnt, ist aber in vielen Ländern der Welt gängige Praxis. Auch in Bremen und Schleswig-Holstein ist es bereits eingeführt worden.

In einer Welt, in der Kommunikation über Symbole, Icons und zunehmend über Smileys selbstverständlich geworden ist und in der die Erkennbarkeit einer Marke einen millionenschweren Wert darstellt, ist ein Logo neben dem Namen der Partei auf einem Stimmzettel kein Systembruch, sondern einfach nur eine weitere kleine Hilfe. Darüber sollten wir jedenfalls ernsthaft diskutieren.

Meine Damen und Herren! Wer in seiner Mobilität beeinträchtigt ist, wer blind ist, wer eine Leseschwäche hat oder auch nur Schwierigkeiten hat, Verwaltungssprache zu verstehen, der hat trotzdem alle Pflichten als Bürger und Steuerzahler. Dann sollten wir aber auch dafür sorgen, dass diese Bürgerinnen und Bürger alle Möglichkeiten haben, durch ihr Wahlrecht in unserem Staat mit zu entscheiden.

(Zustimmung bei der SPD)

Heute ist ein guter Tag für die Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen und für die Demokratie. Ich bin zuversichtlich, dass der Urteilspruch aus Karlsruhe und die Entscheidung, die wir jetzt in den Parlamenten treffen, Menschen zum eigenen Engagement ermutigen wird.

(Unruhe)

- Ich würde mich sehr freuen, wenn auch die Abgeordneten dieses Engagement in der Debatte an den Tag legen und wenigstens zuhören würden.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Aus diesem Grund gehen wir über den Kreis der Vollbetreuten hinaus. Die, die als Betroffene diesen Urteilspruch erstritten haben, haben damit der Sache der Selbstorganisation von Menschen mit Behinderungen einen großen Dienst erwiesen.

Im Landesverband meiner Partei in Sachsen-Anhalt gibt es nicht wenige, die auf das Ziel eines inklusiven Wahlrechtes seit Langem aktiv hinarbeiten und für die dieser Erfolg ein wichtiger Motivationsschub ist.

In einer inklusive Demokratie geht es um weit mehr als nur um das Wahlrecht. Es geht darum, dass Menschen mit Behinderungen die Chance haben zu erfahren, wie sie ihre Interessen selbst und zusammen mit anderen zu Gehör bringen können, sich organisieren und ihre Ziele durchsetzen können, und zwar nicht als Gegenstand paternalistischer Zuwendung durch Nichtbehin-

derte, sondern als selbstbewusste Staatsbürgerinnen und Staatsbürger.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Zustimmung von Angela Gorr, CDU)

Meine Damen und Herren! Es war eine gute Erfahrung zu erleben, wie die Kenia-Koalition sich nicht nur konstruktiv, sondern auch schnell auf diesen Gesetzentwurf und auf den Entschließungsantrag verständigen konnte. Diese Erfahrung würde ich mir gern häufiger wünschen. Ich möchte ausdrücklich dem für Wahlrecht zuständigen Innenministerium sowie den Innen- und Sozialpolitikern der drei Fraktionen dafür danken,

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

danken dafür, wie zügig wir dieses Vorhaben auf die Schiene gesetzt haben. Ich bitte Sie um Zustimmung zur Überweisung des Gesetzentwurfes und des Entschließungsantrages zur federführenden Beratung in den Ausschuss für Inneres und Sport; mitberatend soll kein Ausschuss beteiligt werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Heiterkeit)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Dr. Pähle. Ich sehe keine Wortmeldungen. - Bevor wir in die Debatte der Fraktionen einsteigen, hat für die Landesregierung der Minister Herr Stahlknecht das Wort.

(Minister Holger Stahlknecht: Ich verzichte!)

- Der Minister Herr Stahlknecht verzichtet. - Somit steigen wir in die Fünfminutendebatte der Fraktionen ein. Der erste Debattenredner wird für die AfD-Fraktion der Abg. Herr Roi sein. Sie haben das Wort.

Daniel Roi (AfD):

Frau Präsidentin, vielen Dank. - Meine Damen und Herren! Als ich erfuhr, dass wir heute eine Sondersitzung anberaumt haben, war ich erfreut und dachte, oh, jetzt geht es voran. Denn es hieß im Begleitschreiben und in der Presse, die Sitzung müsse stattfinden, um Klarheit zu schaffen vor der Kommunalwahl. Also, was Klarheit angeht, haben Sie die AfD immer auf Ihrer Seite. Daher waren wir auch gespannt, was heute hier vorgelegt wird.

Ich ging fest davon aus, dass heute, wenn es um Klarheit vor der Kommunalwahl geht, etwas zu den Straßenausbaubeiträgen vorgelegt wird. Aber einen Gesetzentwurf zum KAG kann ich nicht erkennen; unseren haben Sie ja abgelehnt. Ich dachte auch, dass wir heute Klarheit darüber be-

kommen, ob wir die zweite Erstaufnahmeeinrichtung in Stendal überhaupt brauchen oder ob der Innenminister, der sich zu diesem Tagesordnungspunkt auch nicht äußert, uns heute sagt, was mit den unbesetzten Stellen der Regionalbereichsbeamten wird.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Zum Thema!)

Denn auch das ist eine Frage in den Kommunen. Auch hierzu Fehlanzeige.

Ich dachte auch, als es um die Sondersitzung ging, dass Frau Dalbert uns heute etwas zu Natura 2000 sagt; denn auch hierzu fehlt es wie auch in Bezug auf das Agrarstrukturgesetz an Klarheit in den Kommunen.

Ich dachte auch, der Bildungsminister wird uns vielleicht etwas über die zwölf von der Schließung bedrohten Grundschulen sagen und uns erklären, wie der Schulverbund in diesem Fall konkret Anwendung finden kann - auch hierzu Fehlanzeige. Zu diesen Punkten hat die Koalition bisher nichts vorgelegt und es fehlt Ihnen vor der Kommunalwahl an Kraft und an politischem Willen, hier etwas umzusetzen.

(Beifall bei der AfD)

Herr Scheurell ist noch nicht da. Ich hatte noch die Hoffnung, dass wir heute noch eine flammende Rede von Herrn Scheurell zum Thema Denkmalschutzgesetz hören können. Auch hierzu fehlt es an Klarheit in den Kommunen. Aber, wie eben schon gesagt, es fehlt am Willen und an der Kraft dieser Koalition, all diese Unklarheiten zu beseitigen.

Aber worüber reden wir heute? - Wir reden heute über das Kommunalverfassungsgesetz. Ein Gesetzentwurf liegt vor. Es geht genau um einen einzigen Satz. Ein Gerichtsurteil, sehr geehrte Frau Dr. Pähle, zwingt Sie zum Handeln. Es ist nicht die SPD oder der Landesverband, der irgendetwas voranbringen will, sondern das Bundesverfassungsgericht, das sein Urteil gesprochen hat und einen Paragraphen für verfassungswidrig erklärt hat.

(Zuruf von Dr. Katja Pähle, SPD)

Das ist der Grund dafür, dass wir heute hier stehen, und nicht weil die SPD irgendwas will.

(Beifall bei der AfD)

Die SPD will immer irgendetwas. Aber es braucht eben das Bundesverfassungsgericht, damit etwas vorangeht.

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seiner Entscheidung vom 29. Januar § 23 Abs. 2 Nr. 2 KVG für verfassungswidrig erklärt. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes stellt klar, dass § 23 Abs. 2 Nr. 2 - -

(Zuruf von Tobias Krull, CDU)

- Das Bundesverfassungsgericht, sehr geehrter Herr Krull - für Sie zum Nachlesen -, stellt klar, dass der § 23 Abs. 2 Nr. 2 insoweit verfassungswidrig ist, als ausschließlich die in dem Paragraphen genannten Personen, die zur Besorgung ihrer Angelegenheiten einen gerichtlich bestellten Betreuer benötigen, sowohl vom Wahlrecht als auch vom Stimmrecht bei Wahlen ausgeschlossen werden.

(Zuruf von der AfD)

Der Paragraph berücksichtigt aber derzeit nicht diejenigen Personen, die Dritten eine Betreuungs- und Vorsorgevollmacht erteilt haben, oder Personen, die in der Familie betreut werden. Da an dieser Stelle identische Situationen vorliegen, so sagt das Bundesverfassungsgericht, liegt hier eine Ungleichbehandlung vor und aus diesem Grund muss dieser Paragraph, der eben von mir genannt wurde, geändert werden.

Aus diesem Grund ist das Kommunalverfassungsgesetz auch in der Weise zu ändern, wie dies heute hier vorgeschlagen worden ist. Wir als AfD-Fraktion helfen Ihnen selbstverständlich gern dabei, das Kommunalverfassungsgesetz rechtskonform zu gestalten, und werden dem Gesetzentwurf zustimmen. Wir stimmen auch der Überweisung zu; denn niemand möchte, dass verfassungswidrige Paragraphen, die übrigens einst durch CDU und SPD dort aufgenommen worden sind,

(Zustimmung bei der AfD - Dr. Katja Pähle, SPD: Bundesweit!)

zur Anfechtbarkeit der Kommunalwahl führen. - Das kann ja bundesweit sein, aber unser Kommunalverfassungsgesetz wurde hier beschlossen.

Der 26. Mai, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird einen weiteren Meilenstein markieren auf dem Weg hin zu einer bürgernahen Politikwende in unserem Land. Die AfD wird am 26. Mai natürlich auch kommunal Verantwortung übernehmen und möchte natürlich auch eine rechtskonforme Kommunalwahl absichern. Deswegen haben Sie unsere Zustimmung dafür.

Natürlich wollen wir für Klarheit sorgen, was das aktive Wahlrecht bedeutet und wer vor allem davon ausgeschlossen ist und wer nicht. Aus diesem Grund ist die logische Konsequenz auch eine Änderung des Wahlgesetzes. Dass das angepasst werden muss, steht in Ihrem Entschließungsantrag. Auch dem verschließen wir uns nicht.

Zu den anderen Punkten, die Sie gerade genannt haben, Frau Dr. Pähle. Sie sprachen die Barrierefreiheit an. Wenn eine Oma an einer alten Schule

nicht die Treppen hochkommt, dann liegt das vielleicht daran, dass in unserem Land viele alte Schulen noch nicht saniert worden sind. Darüber sollten Sie einmal nachdenken.

(Beifall bei der AfD)

Das ist der Grund dafür, warum ein Problem mit Barrierefreiheit vorherrscht. Wie gesagt, das ist nicht das Verdienst irgendeiner SPD-Landesgruppe, sondern das Bundesverfassungsgericht hat uns dazu veranlasst, heute hier zusammenzukommen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sehr geehrter Herr Abg. Roi - -

Daniel Roi (AfD):

Wir werden der Überweisung zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Danke. Ich habe noch einmal herumgeschaut; es gibt keine Fragen. - Wir kommen zum nächsten Debattenredner bzw. -rednerin. Es ist für die SPD-Fraktion Frau Dr. Pähle. - Sie verzichten. Dann spricht für die Fraktion DIE LINKE Abg. Frau Buchheim. Sie haben das Wort.

Christina Buchheim (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir reden heute über einen Gesetzentwurf, mit dem bestehende gesetzliche Wahlbeschränkungen für Behinderte rechtzeitig abgebaut werden sollen.

Mit Blick auf die Kommunalwahlen am 26. Mai ist dazu heute eine Sondersitzung notwendig. Die gesetzliche Grundlage im Kommunalverfassungsgesetz wurde bereits zitiert. Ich muss noch darauf hinweisen, dass es nicht nur um das Wahlrecht geht; hier geht es auch um das Stimmrecht in sonstigen Angelegenheiten der Kommunen, das bisher ausgeschlossen ist.

Wahlrechtsausschlüsse betreffen das elementarste und politischste Grundrecht. Der Wahlrechtsausschluss von Menschen, für die zur Besorgung aller Angelegenheiten ein Betreuer bestellt wurde, verstößt gegen den Grundsatz der Allgemeinheit der Wahl und das Verbot der Benachteiligung wegen einer Behinderung. Mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur Verfassungswidrigkeit gleichlautender Wahlrechtsausschlüsse im Bundesrecht ist es erforderlich, auf diese aktuelle Entwicklung zügig zu reagieren.

Der vorliegende Entschließungsantrag soll dem dann auch auf Landesebene Rechnung tragen

und gleichzeitig soll der Zugang zu Wahlen für alle Wählerinnen und Wähler erleichtert werden. Die Wahlen inklusiver zu machen, ist ein wichtiges politisches Signal.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Dr. Katja Pähle, SPD)

Es ist an der Zeit, gleichberechtigte Teilhabe am Wahlrecht zu ermöglichen. Das entspricht dem Leitbild einer wirklich inklusiven Gesellschaft. Betreuung bedeutet, dass Menschen Unterstützung brauchen, um Entscheidungen zu treffen, und eben nicht, wie man ihnen mit den pauschalisierten Wahlrechtsausschlüssen unterstellt, dass sie entscheidungsunfähig sind.

DIE LINKE setzt sich seit Jahren dafür ein, Selbstbestimmung als dominierendes Prinzip in der Behindertenpolitik zu verankern. Chancengerechtigkeit ist herzustellen und Barrieren müssen abgebaut werden. Gerade deshalb ist es umso wichtiger, Menschen mit Unterstützungs- und Betreuungsbedarf in angemessener Zeit vor einer anstehenden Wahl über deren Inhalte und die damit verbundenen Optionen zu informieren.

Oftmals reichen die Angebote in leichter oder einfacher Sprache oder andere Formen barrierefreier Kommunikation nicht aus, da Betroffene in vielerlei Hinsicht eingeschränkt sein können. Daher ist es umso wichtiger, dass individuelle Beratungsangebote bzw. Assistenzleistungen zur Verfügung stehen, um Betroffenen eine adäquate Meinungsbildung zu ermöglichen und ihnen darüber hinaus das Gefühl zu geben, dass sie als Wähler bzw. Wählerinnen ernst genommen werden.

Diese Menschen sind Teil unserer Gesellschaft, und sie haben ein Recht darauf, diese in ihrem Sinne mitzugestalten. Deshalb stimmt meine Fraktion dem vorliegenden Gesetzentwurf und dem Entschließungsantrag zu.

Meine Damen und Herren! Das Wahlrecht ist ein Bürgerrecht. Es steht auch Menschen in gesetzlicher Vollbetreuung und in Unterbringung zu. DIE LINKE hat bereits seit Jahren darauf hingewiesen, dass die bestehenden gesetzlichen Wahlrechtsausschlüsse willkürlich sind und eine unzulässige Diskriminierung darstellen. Mit einem gemeinsamen Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bundestag im Juni 2017 wurde dazu aufgerufen, die bestehenden Wahlrechtsausschlüsse noch vor der Bundestagswahl im September 2017 abzuschaffen, da sie im Widerspruch zu den Zielen der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen stehen, die seit 2009 bereits geltendes Recht in Deutschland sind.

Jetzt, nachdem das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat, dass die Vorgaben im Bundes-

wahlgesetz gegen den Grundsatz der Allgemeinheit der Wahl und das Verbot der Benachteiligung wegen einer Behinderung verstoßen, ist eine Wahlrechtsreform geboten.

Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein haben bereits 2016 die Wahlrechtsausschlüsse für Menschen mit Behinderungen aus ihren Wahlgesetzen gestrichen. Berlin, Brandenburg, Bremen und Hamburg sind diesem Beispiel noch vor der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes gefolgt. Thüringen hat kurz zuvor ein entsprechendes Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht. Diese Bundesländer waren eifriger und fortschrittlicher und haben ohne höchststrichterliche Entscheidung rechtssicheren Wahlen in ihren Bundesländern den Weg geebnet.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren! Nunmehr ist es wichtig, in den Kommunen dafür Sorge zu tragen, dass sich bisher von der Wahl ausgeschlossene Personen an den bevorstehenden Kommunalwahlen beteiligen können, selbst wenn sie noch nicht in das Wählerverzeichnis eingetragen sind oder nachgetragen worden sind. Es ist wichtig, dass mit allen möglichen Mitteln die Ausübung des Wahlrechts unterstützt und dem in dem Entschließungsantrag geforderten Abbau von Barrieren bereits jetzt durch ein Angebot von Assistenzleistungen Rechnung getragen wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Abg. Buchheim. Ich sehe auch hierzu keine Fragen. - Wir kommen zum nächsten Debattenredner. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Abg. Herr Striegel. Sie haben das Wort. Bitte.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Bundesverfassungsgericht hat mit Beschluss vom 29. Januar 2019 deutlich gemacht, dass der Wahlausschluss in allen Angelegenheiten Betreuer gegen das Grundgesetz verstößt. Die Gründe dafür sind umfangreich dargestellt worden. Dass das Land Sachsen-Anhalt, der Bund und viele andere Bundesländer sich erst von einem Gericht zur Wahrung der Rechte von Behinderten auffordern lassen mussten und heute eine Sondersitzung zur zügigen verfassungskonformen Anpassung des Kommunalwahlrechts notwendig ist, zeigt auf, dass Deutschland von dem Ziel der Gleichberechtigung und Inklusion von Menschen mit Behinderungen noch ein gutes Stück entfernt ist. Unser Land setzt die einge-

gangenen Verpflichtungen leider nicht mit der gebotenen Konsequenz um.

Dem Thema wird schlichtweg nicht die Aufmerksamkeit zuteil, die es verdient. Beim Wahlrecht, der DNA der Demokratie, dem edelsten Recht aller Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, war man bereit, ohne viel Federlesen Tausende Menschen willkürlich auszuschließen. Die Mühe einer differenzierenden Betrachtungsweise hat man sich dabei nicht gemacht.

Die Bundesrepublik Deutschland - Vorrednerinnen und Vorredner haben es gesagt - hat bereits 2009 die UN-Behindertenrechtskonvention unterzeichnet. In der Folge wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass Regelungen zum Wahlausschluss gegen diese Konvention verstoßen.

Bereits im Mai 2017 hat die Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeinsam mit der Fraktion der Linkspartei einen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht, der die Abschaffung des § 13 Nr. 2 des Bundeswahlgesetzes forderte, allerdings ohne Erfolg.

Auf der Ebene der Länder haben Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein bereits im Jahr 2016 den Anfang gemacht. Seitdem haben insgesamt sechs Bundesländer die Regelung gestrichen.

Unsere Bündnisgrünen-Fraktion hat im Jahr 2017 einen Gesetzentwurf zur Stärkung der Barrierefreiheit und Inklusion in Sachsen-Anhalt koalitionsintern vorgelegt. Dieser beinhaltete unter anderem auch die Streichung von § 23 Abs. 1 Nr. 2 des Kommunalverfassungsgesetzes. Leider konnten wir uns damals innerhalb der Koalition nicht auf einen gemeinsamen Gesetzentwurf einigen. Die Quittung dafür ist nun die vom Verfassungsgericht getroffene Entscheidung und die Notwendigkeit, sie in kürzester Zeit umzusetzen.

Dabei müssen wir, so das Gericht - ich zitiere -: „den Grundsatz der Allgemeinheit der Wahl“ und die „Sicherung des Charakters der Wahl als eines Integrationsvorgangs bei der politischen Willensbildung des Volkes“ zum Ausgleich bringen.

Heute erfüllen wir also nur den ersten Teil der vor uns liegenden Aufgabe. Es verbleibt als Aufgabe bei der Landesregierung, bis Ende des Jahres einen verfassungsrechtlich sauberen Gesetzentwurf vorzulegen, der auch für die Landesebene die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes umsetzt.

Der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist es aber ein wichtiges Anliegen, dass wir uns über das heutige Thema hinaus für mehr Barrierefreiheit und Inklusion im Wahlrecht engagieren und dafür sorgen. Diesem Anliegen trägt der vorliegende Entschließungsantrag Rechnung.

Meine Damen und Herren! Wir brauchen in Sachsen-Anhalt mehr barrierefreie Wahlräume. Es darf nicht sein, dass Menschen in Sachsen-Anhalt aufgrund einer Mobilitätseinschränkung ihr Wahlrecht nicht ausüben können. Dies stellt ein nicht hinnehmbares Versagen des Landes dar, wenn es darum geht, die demokratischen Rechte der Bürgerinnen und Bürger zu schützen und zu fördern, zumal in einer älter werdenden Gesellschaft.

Darüber hinaus müssen wir sicherstellen, dass alle Menschen, die fähig und willens sind, am demokratischen Prozess teilzunehmen, dies auch tun können. Informationen in einfacher Sprache und in Gebärdensprache sind aus meiner Sicht ein gangbarer Weg, um allen Menschen eine Beteiligung an Wahlen zu ermöglichen.

Außerdem sollte die Landesregierung prüfen, wie die Barrierefreiheit von Wahlvorschlägen erhöht werden kann. Der politische Prozess beinhaltet viele Formen der Übersetzungsarbeit. In diesem Zusammenhang sind mit Sicherheit noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft. Ich erinnere tatsächlich an die Logos der Parteien oder auch an die Frage der Gestaltung von Wahlzetteln, an denen typografisch wie gestalterisch noch das eine oder andere durchaus verbessert und optimiert werden kann.

Es bleibt mir zum Schluss die Ansage, dass das Wahlrecht allen Menschen zukommt, die unter gemeinsamer politischer Herrschaft leben und von Entscheidungen betroffen sind. Nicht die Teilnahme an Wahlen, sondern der Ausschluss von Wahlhandlungen ist begründungsbedürftig.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden deshalb weiter dafür kämpfen, dass alle Menschen sich an Wahlen beteiligen können. Deshalb fordern wir das Wahlrecht ab 14 Jahre und für alle Menschen, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Striegel. Auch hierzu sehe ich keine Wortmeldungen. - Wir kommen zu dem letzten Debattenredner. Für die CDU-Fraktion spricht der Abg. Herr Krull. Sie haben das Wort, bitte.

Tobias Krull (CDU):

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich zu dem eigentlichen Inhalt des Gesetzentwurfes komme, nur ein kurzer Hinweis: Ich möchte zu dem Gesetzentwurf reden und nicht Kommunalwahlkampf machen. Wer die Kommunalwahlpartei in Sachsen-Anhalt ist, das sieht man an dem Wahlergebnis am Sonntag der letzten Woche in

Zörbig, wo der CDU-Kandidat Matthias Egert den Einzug als Bürgermeister in der Direktwahl nur knapp nicht geschafft hat, während der AfD-Kandidat nicht einmal in die Stichwahl gekommen ist.

Am 29. Januar dieses Jahres fällte der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichtes das Urteil, dass die Wahlrechtsausschlüsse für Betreute in allen Angelegenheiten und für wegen Schuldunfähigkeit untergebrachte Straftäter verfassungswidrig sind. Das Urteil bezog sich also auf das Bundeswahlgesetz. In der Urteilsbegründung wird ausgiebig erklärt, warum die bisherigen Regelungen, welche sich inhaltsgleich in § 23 Abs. 2 Nr. 2 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt wiederfinden, verfassungswidrig sind.

Während der Bund von Änderungen des Wahlrechts zur anstehenden Europawahl Abstand genommen hat, vielleicht in der Annahme, dass sie nicht entsprechend mandatsrelevant sind, wollen wir als regierungstragende Fraktionen das Kommunalwahlrecht, wie heute mehrfach geschildert, noch vor dem 26. Mai 2019, dem Termin der Kommunalwahl, ändern.

Auch wenn der betroffene Personenkreis nach Schätzungen nur 2 500 Menschen in Sachsen-Anhalt umfasst, wird es in einzelnen Gemeinden durchaus mandatsrelevant sein. Zum Beispiel dort, wo es Einrichtungen wie in Uchtspringe gibt, oder wenn entsprechende Heime sich in einem Kommunalwahlbereich konzentrieren.

Auch andere Bundesländer planen die Änderung der entsprechenden Wahlgesetze zur Kommunalwahl am 26. Mai 2019, zum Beispiel unser Nachbarland Mecklenburg-Vorpommern.

Mit der Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts in Landesrecht schaffen wir nicht nur demokratische Beteiligungsmöglichkeiten für die bisher vom Wahlrecht Ausgeschlossenen, sondern kommen auch langjährigen Forderungen aus dem Bereich der Behindertenverbände bzw. von deren Interessensvertretern nach. Ich gebe meinen Vorrednern darin recht: Es steht noch viel Arbeit vor uns, um zum Beispiel das Bundesteilhabegesetz in Sachsen-Anhalt auch tatsächlich mit Leben zu erfüllen. Aber man sollte die Situation auch nicht schlechter reden, als sie ist. Wir sind schon viele Schritte in die richtige Richtung gegangen.

Bereits im Vorfeld der Gesetzesänderung gab und gibt es Gespräche mit den zuständigen Wahlleiterinnen und Wahlleitern, damit die Ergänzung der Wählerverzeichnisse entsprechend vorbereitet werden kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Fraktionen der CDU, der SPD und des BÜND-

NIS 90/DIE GRÜNEN haben die Gelegenheit genutzt, um in einem Entschließungsantrag deutlich zu machen, wie wir uns die Weiterentwicklung des Wahlrechts in Sachsen-Anhalt an dieser Stelle vorstellen. Dazu gehört auch, dass wir § 3 des Landeswahlgesetzes vor der nächsten Landtagswahl an die neuen rechtlichen Rahmenbedingungen anpassen.

Die Gemeinden in unserem Land haben in der Vergangenheit und in der Gegenwart große Anstrengungen unternommen, um die Anzahl von barrierefreien Wahllokalen zu erhöhen. Wir unterstützen diese Bemühungen ausdrücklich und setzen darauf, dass die Gemeinden dies auch weiterhin tun.

Hinsichtlich der Verwendung der einfachen Sprache bei der Erstellung von Informationen rund um das Thema Wahl und zu unseren Wahlprogrammen sind wir sicherlich noch nicht am Ende der Fahnenstange angekommen bzw. haben wir noch entsprechende Reserven. Auch Menschen mit anderen Sinneseinschränkungen soll die Möglichkeit gegeben werden, entsprechende Informationen zu erhalten.

Bezüglich der Verwendung von Symbolen und Logos auf Wahlzetteln muss eine genaue Prüfung dazu erfolgen, wie dies praktisch umgesetzt werden kann, gerade weil zum Beispiel Einzelkandidaten im Regelfall nicht über ein solches Logo verfügen.

Ich bitte um eine Überweisung des Gesetzentwurfs in den Ausschuss für Inneres und Sport mit dem klaren Ziel, dass wir noch in dieser Woche die Gesetzesänderung beschließen können und damit den Weg freimachen für mehr demokratische Teilhabe auch für diese Menschen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung von Angela Gorr, CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Krull. Auch hierzu sehe ich keine Wortmeldung. - Damit ist die Debatte beendet und wir steigen in das Abstimmungsverfahren zu der Drs. 7/4125 und zu der Drs. 7/4156 ein. Meines Erachtens nach können wir über beide Gegenstände in einem Abstimmungsvorgang befinden, obwohl sich die Entscheidung zu einer Ausschussüberweisung des Gesetzentwurfes und des Entschließungsantrages nach unterschiedlichen Regularien in unserer Geschäftsordnung bestimmt. Spricht ein Mitglied des Landtages dagegen? - Das sehe ich nicht. Dann können wir so verfahren.

Wir stimmen über beide Gegenstände ab. Ich habe einen Antrag auf eine Überweisung in den Ausschuss für Inneres und Sport vernommen; eine Überweisung in einen weiteren Ausschuss

wurde nicht beantragt. Wer mit der Überweisung einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Ich sehe, das sind alle Fraktionen, auch wenn das etwas zögerlich ist. Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit sind die beiden Beratungsgegenstände in den Ausschuss für Inneres und Sport überwiesen worden.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 2 a

Regierungserklärung des Staats- und Kulturministers Herrn Robra zum Thema: „Für Sachsen-Anhalt: Europa wählen!“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich erteile Minister Herrn Robra das Wort zur Abgabe der Regierungserklärung. Sie haben das Wort.

Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur):

Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Selten stand die Europäische Union so stark im Licht der Öffentlichkeit, wie dies derzeit der Fall ist. Nach der Logik der Medien gilt die Aufmerksamkeit leider nur allzu oft den Problemen, mit denen sich Europa herumschlagen muss: Sie reichen von der Bewältigung der Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise über das Unvermögen der Union, zu einer gemeinsamen Migrations- und Flüchtlingspolitik zu finden, bis hin zu zentrifugalen Tendenzen zwischen den Mitgliedstaaten, wobei die krasseste Form der Brexit ist.

Die bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament verpflichten uns als Politiker und als Wähler geradezu dazu, Bilanz zu ziehen darüber, was die Europäische Union in dieser letzten Legislaturperiode erreicht hat, was das für uns bedeutet und was wir als Teil dieses europäischen Integrationsverbundes in und mit Europa bewirkt haben.

Nicht zuletzt müssen wir wissen, was wir von Europa erwarten, wenn wir am 26. Mai 2019 an die Wahlurne treten; denn die künftige Zusammensetzung des Europäischen Parlaments wird mit über die Zukunft der Europäischen Union entscheiden. Wie überall in der Demokratie kommt es auch im Europäischen Parlament auf die Mehrheiten an.

Vor wenig mehr als fünf Jahren habe ich meine damalige Regierungserklärung zur Europawahl 2014 mit einer persönlichen Bemerkung begonnen. Gestatten Sie mir, auch dieses Mal mit einer solchen zu beginnen. Als langjähriger Europaminister der deutschen Länder habe ich in mei-

nem Amt seit 2002 viele Höhen und Tiefen der europäischen Integration miterlebt. Wenn ich auf das vergangene Jahrzehnt zurückschaue, ist festzustellen, dass dieses wahrlich gespickt war mit Krisen und Herausforderungen.

Mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union erleben wir nun zum ersten Mal in der Geschichte der Union, dass ein Mitgliedstaat die Gemeinschaft verlässt. Die vergangenen Wochen und Monate haben gezeigt: Das ist ein politischer Kraftakt auf allen Ebenen, ein Triumph des Wollens über das Wissen und ein - hoffentlich - einmaliges Ereignis in unserer gemeinsamen europäischen Geschichte.

Allerdings: Europäische Krisen hat es nicht nur im letzten Jahrzehnt gegeben und - auch wenn der Überfluss an Berichterstattung einen Anschein von Endzeitstimmung verbreitet - europäische Integration war immer ein Auf und Ab. Man könnte überspitzt sagen, die Geschichte der europäischen Integration sei das Ergebnis von bewältigten Krisen, überwundenen Unstimmigkeiten und oft langwierigen Diskussionen. Auch der Beitrittsprozess Großbritanniens im Jahr 1973 mit dem Referendum im Jahr 1975 hat sich über ein Jahrzehnt hingezogen.

Bei allen Schwierigkeiten, die die Einordnung eines relativ kleinen Landes wie Sachsen-Anhalt in einen so großen Staatenverbund wie die Europäische Union naturgemäß mit sich bringt - meine Quintessenz ist und bleibt das Bekenntnis zur Europäischen Union. Ob wir Europa wollen, ist nicht die Frage, sondern welches Europa wir brauchen.

Die erfolgreiche Entwicklung der EU ist und bleibt in der Globalisierung die wichtigste internationale Rahmenbedingung für die erfolgreiche Entwicklung Sachsen-Anhalts. Das ist nicht nur eine der europapolitischen Grundsatzpositionen, die wir in der Europa- und Internationalisierungsstrategie der Landesregierung zu Beginn dieser Legislaturperiode festgeschrieben haben, sondern das ist auch meine persönlich feste Überzeugung.

Aber die Selbstbehauptung Europas gegenüber den Vereinigten Staaten, Russland, China und dem Rest der Welt ist kein Automatismus. Dafür braucht es europäisches und nationales Engagement auf allen Ebenen. Wir müssen uns immer wieder neu fragen, ob wir die Chancen, die Deutschland und Europa für uns in Sachsen-Anhalt bieten, auch wirklich nach besten Kräften nutzen.

Dies vorausgeschickt, möchte ich im Folgenden jeweils kurz darauf eingehen, was wir in dieser Legislaturperiode des Europäischen Parlaments, also seit 2014, erreicht haben, welche Aufgaben sich für uns bis zum Ende unserer Legislatur-

periode, also bis 2021, noch in der Europapolitik stellen und schließlich, was wir von der künftigen europäischen Entwicklung erwarten.

Im Koalitionsvertrag wurde dieser Regierung aufgegeben, Sachsen-Anhalts Profil in Europa weiter zu schärfen, Mitgestaltungsmöglichkeiten entschlossen wahrzunehmen und zu europapolitischen Themen Stellung zu beziehen. Darüber hinaus ist der internationale Austausch weiter zu fördern, die Partnerschaften mit anderen europäischen Regionen sind zu stärken, und es ist zu prüfen, ob sich zu weiteren Regionen zukunftsfähige Beziehungen aufbauen lassen.

Zur Umsetzung dieser Aufgaben hat die Landesregierung die bereits erwähnte europapolitische Strategie beschlossen. Diese bildet die planmäßige Grundlage für das europapolitische Handeln der gesamten Landesregierung und für die Abstimmung konkreter Vorhaben mit und in den Ressorts.

(Zustimmung von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Diese Maßnahmen und Vorhaben sind Gegenstand des jährlich vorausschauend erarbeiteten Berichts über die europäischen und internationalen Aktivitäten des Landes, der vom Kabinett beschlossen und dem Landtag übermittelt wird. All diese Dokumente liegen Ihnen, meine Damen und Herren, vor und sind in den zuständigen Ausschüssen auch behandelt worden. Deshalb möchte ich hier nicht im Einzelnen wiederholen, was jeder nachlesen kann.

Lassen Sie mich stattdessen eine kurze Zusammenstellung konkreter Ergebnisse vortragen. Zu nennen ist der Einsatz der europäischen Struktur- und Investitionsfonds EFRE, ESF und ELER, aus denen uns für die Förderperiode 2014 bis 2020 insgesamt knapp 2,9 Milliarden € zur Verfügung stehen. Diese EU-Mittel decken einen Anteil von rund 20 % der öffentlichen Investitionen des Landes ab.

In diesem Anteil von 20 % sind die EU-Mittel, die für Investitionen auf kommunaler Ebene zum Einsatz kommen, noch gar nicht enthalten. An dieser Größenordnung sieht man aber, welche wichtige Rolle die europäischen Struktur- und Investitionsfonds für unser Land spielen. Gegenwärtig tun wir alles dafür, dass uns auch in der Förderperiode ab dem Jahr 2021 noch in ausreichendem Umfang EU-Mittel zur Verfügung stehen. Ich komme darauf noch zurück.

Zum Datenstichtag 31. Dezember 2018 wurden aus dem EFRE seit dem Jahr 2014 1 098 Unternehmen gefördert und aus dem ESF wurden Maßnahmen für insgesamt 150 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer unterstützt. Von diesen

erwarben fast 36 000 Personen eine höhere Qualifizierung und 2 630 wurden nach der Maßnahme erwerbstätig oder haben sich selbstständig gemacht. Das ist auch ein wichtiger Beitrag zur Fachkräftesicherung.

Aber auch andere Bereiche werden mithilfe des Fonds übergreifenden Ansatzes der Struktur- und Investitionsfonds adressiert. Der Verbesserung des Hochwasser-schutzes und der Hochwasservorsorge dienen Mittel aus dem EFRE und dem ELER in Höhe von rund 221 Millionen €. Die Land- und Forstwirtschaft richtet sich ebenfalls immer mehr an den Aufgaben des Klima- und des Umweltschutzes aus. So wurden im ökologischen Landbau bisher Mittel in Höhe von rund 98 Millionen € bewilligt und der Flächenanteil des ökologischen Anbaues konnte auf 6,2 % im Jahr 2017 gesteigert werden. Welche Bedeutung darüber hinaus die vergemeinschaftete Agrarpolitik gerade für Sachsen-Anhalt hat, dürfte allgemein bekannt sein.

Eine weitere wichtige Rolle spielen in der laufenden Förderperiode erneut die lokalen Entwicklungsstrategien der Leader-Aktionsgruppen, die vielen kleinen Vorhaben vor Ort zum Leben verhelfen und dabei Europa direkt vor Ort erlebbar werden lassen - Europa zum Anfassen sozusagen.

Auch die EU-Förderprogramme außerhalb der Strukturfonds nutzen wir für die Vertiefung der europäischen Vernetzung und Kooperation von Landesakteuren mit internationalen Partnern. Das ist nicht nur eine finanzielle Frage.

Auch wenn für die Jahre 2017 und 2018 für die Mehrzahl der Programme noch keine abschließenden Zahlen vorliegen, sehen wir, dass Akteure aus Sachsen-Anhalt erfolgreich Mittel aus den EU-Aktionsprogrammen akquiriert haben. So konnten beispielsweise in den Jahren 2017 und 2018 mehr als 4,5 Millionen € für Mobilitätsmaßnahmen von Wissenschaftlern und Studenten aus dem Programm Erasmus+ eingeworben werden.

Im selben Zeitraum sind unsere Hochschulen in fünf aus dem Erasmusprogramm bewilligten Kooperationsprojekten als Koordinatoren tätig; hierfür wurden 3,3 Millionen € gebunden.

Mehr als 30 Partnerschaftsprojekte von Schulen haben Unterstützung erfahren, darüber hinaus 19 Vorhaben im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung sowie sechs in der Erwachsenenbildung. 27 Jugendmobilitätsprojekte sind mit mehr als 1 Million € gefördert worden.

Für das Projekt „Cargo“ des Landeskriminalamtes Sachsen-Anhalt, das unter Beteiligung nationaler und internationaler Partner Planenschützern den Kampf ansagt, werden aus dem EU-Fonds für in-

nere Sicherheit in den Jahren 2018 bis 2020 mehr als 700 000 € bereitgestellt.

Eines der wichtigsten Instrumente für die interregionale Vernetzung ist auch das Programm Interreg mit einer ganzen Reihe von Vorhaben, beispielsweise der Strategie für intelligente Spezialisierung im Bereich Chemie: multimodaler Verkehr chemischer Güter, neue Ansätze zur Anbindung ländlicher Regionen an den ÖPNV und vieles andere mehr.

Auch die bilaterale internationale Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnerregionen konnte kontinuierlich weiterentwickelt und mit Leben erfüllt werden.

Bei der Regionalpartnerschaft mit Centre-Val-de-Loire gehen wir auf den 15. Jahrestag zu. 13 Schulpartnerschaften und vier Städtepartnerschaften sowie Kooperationen auf den Gebieten des Hochwasserschutzes, der Gartenarchitektur und der Tourismusförderung sind entwickelt worden. Ministerpräsident Dr. Haseloff wird noch im Mai 2019 nach Centre-Val-de-Loire fahren, um dem Jubiläum „500 Jahre Renaissance“ und der Eröffnung des „Internationalen Gartenfestivals von Chaumont-sur-Loire“ beizuwohnen und weitere Akzente zu setzen.

Seit 2003 haben wir eine lebendige Regionalpartnerschaft mit Masowien, in der viele bilateralen Aktivitäten stattfinden, insbesondere fachbezogene Kontakte und Kooperationen auch über diese Region hinaus, beispielsweise zwischen dem Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie und der Region Ermland-Masuren. Für Mai 2019 ist noch ein gemeinsamer Energiegipfel geplant. An der Entwicklung einer Kooperation mit Kujawien-Pommern arbeiten wir zurzeit. Im Ergebnis des Besuches des Ministerpräsidenten mit Marschall Całbecki wird eine engere Kooperation angestrebt.

Schließlich ist die Staatskanzlei mit dem ESF-finanzierten Programm „Sachsen-Anhalt transnational“ unterwegs und hat bisher elf Projekte unterstützt, die der europäischen Vernetzung und dem gegenseitigen Erfahrungsaustausch dienen, auch im Zusammenhang mit dem Reformationsjubiläum und dem Bauhaus-Jubiläum in diesem Jahr.

150 internationale Städtepartnerschaften sind ein Teil des Geflechts der internationalen Beziehungen unseres Landes. Besonders herzlich möchte ich an dieser Stelle dem Institut Français Sachsen-Anhalt der französischen Botschaft danken, das seit dem Jahr 2003 wichtige Arbeit für den kulturellen Austausch zwischen Sachsen-Anhalt und Frankreich leistet.

(Zustimmung von Angela Gorr, CDU)

- Danke sehr. - Der EU-Binnenmarkt ist die wichtigste Rahmenbedingung für den Außenhandel Sachsens-Anhalts. Die internationalen Verflechtungen unseres Landes sind natürlich kein Selbstzweck, sondern sie haben einen positiven Einfluss auf die Konjunktur unserer Wirtschaft. Viele Unternehmen des Landes agieren erfolgreich auf den Weltmärkten. Aber der wichtigste Außenhandelsmarkt ist und bleibt der Europäische Binnenmarkt.

Im Jahr 2018 erreichten die Exporte ein Volumen von knapp 16,4 Milliarden €, der bisher höchste Wert in der Geschichte unseres Landes. Die wichtigsten Partner sind Polen, das Vereinigte Königreich, die Tschechische Republik sowie Frankreich, also Partner in Europa, in der Europäischen Union.

Mit Blick auf 15 Jahre EU-Osterweiterung soll darauf verwiesen werden, dass sich der wirtschaftliche Austausch mit den im Jahr 2004 beigetretenen zehn Ländern von 1,4 Milliarden € im Jahr 2003, also dem Jahr vor dem Beitritt, auf 6,2 Milliarden € im Jahr 2018 erhöht hat und dass damit 22 % der Exporte Sachsens-Anhalts und 13,7 % der Importe auf eben diese zehn Länder entfallen. Das zeigt, wie wichtig der Binnenmarkt gerade auch für unsere Wirtschaft ist. Deshalb wird das Wirtschaftsministerium mit dem Außenwirtschaftstag 2019 in Halle am 16. Mai 2019 unter dem Motto „Europa im Blick“ all dem Rechnung tragen.

Unsere Interessen vertreten wir auf der europäischen Ebene engagiert. Die Vertretung bei der Europäischen Union ist eine effiziente und wichtige Verbindung zwischen dem Land und den europäischen Institutionen. Wir bringen frühzeitig unsere Belange in die europäische Gesetzgebung und andere Entscheidungsfindungen ein. Wir führen Seminare, Workshops und thematische Konferenzen durch, auch gemeinsam mit den Kommunen.

Von besonderer Bedeutung ist und bleibt für uns die Mitarbeit im Ausschuss der Regionen der EU, in dem insbesondere Staatssekretär Herr Dr. Schneider als Vorsitzender der großen EVP-Fraktion viele wichtige Akzente gesetzt hat, gerade auch in der für uns so bedeutsamen EU-Kohäsionspolitik.

All das wäre nichts, wenn wir nicht zugleich die Europakompetenz der Landesverwaltung fördern. Dazu haben wir unter dem Label „Strategisches qualitatives Personalmanagement“ eine ganze Reihe von Vorhaben entwickelt, das Hospitanzprogramm Europa beispielsweise, das ausgewählten Bewerberinnen und Bewerbern aus der Landesverwaltung - bisher waren es immerhin 25 - die Möglichkeit gibt, sich während eines drei-

bis sechsmonatigen Einsatzes intensiv mit den Aufgaben und Arbeitsweisen der EU in Brüssel vertraut zu machen. Ich danke den Ressorts dafür, dass sie sich so engagiert daran beteiligen.

Für die Entwicklung der Sprachkompetenz werden schon seit dem Jahr 2014 Sprachintensiv- und -aufbaukurse in Businessenglisch und inzwischen auch in Französisch angeboten. 127 Beschäftigte haben davon Gebrauch gemacht.

Die Führungskräftequalifizierung „Sachsen-Anhalt stark in Europa“ hat es 234 Bediensteten ermöglicht, sich vertieft mit diesem Thema zu befassen.

Last, but not least gibt es Seminarreisen und modulare Qualifizierungsmaßnahmen mit dem Titel „Europa und Internationales“, also ein breites Spektrum. Ich betone auch hier, dass das nicht nur an die Landesverwaltung adressiert ist, sondern darüber hinaus auch für die Kommunen offen ist.

Bei den Aufgaben bis 2021 - wer kann es mir verdenken? - steht die Bewältigung des Brexit, wie immer er auch ausfallen wird, im Vordergrund. Wir sind europapolitisch gut aufgestellt, aber natürlich auch immer wieder herausgefordert, gerade auch mit dem Brexit umzugehen.

Wir haben hier im Landtag ein Gesetz verabschiedet, rein vorsorglich. Ob es jemals in Kraft treten wird, hängt von der weiteren Entwicklung in Großbritannien ab, die wir alle im Moment nicht abschätzen können. Aber dass das gewaltige Auswirkungen haben wird, ist schon jetzt unübersehbar. Wir sind auf die verschiedenen Austrittsszenarien vorbereitet. Ich konnte auch den Ausschuss in der letzten Woche noch einmal darüber unterrichten, welche Maßnahmen die Ressorts schon unternommen haben, sodass es in den unterschiedlichsten Bereichen nicht zu größeren Problemen kommt. Aber wenn man bedenkt, dass Großbritannien für uns der zweitwichtigste Handelspartner ist und an fast 100 Unternehmen im Land britische Eigentümer beteiligt sind, kann man sich vorstellen, dass es doch eine erhebliche Unruhe auch in die Wirtschaft hineinträgt.

Die zweite Großbaustelle - ich habe es schon angedeutet - ist die Vorbereitung der Förderperiode 2021 bis 2027. Die Begleitung der europäischen Rechtsetzungsprozesse ist wichtig und ist schwierig. Das wird jetzt auch in gewisser Weise durch die Neukonstituierung des Europäischen Parlamentes und der Europäischen Kommission überlagert.

Manche der Entwicklungen dort beunruhigen uns. Ich würde es begrüßen, wenn wir uns im Plenum oder vielleicht auch in dem zuständigen Ausschuss noch vertiefter damit befassen könnten, auch auf der Grundlage des Kabinetts-

beschlusses für den Beginn der Programmierung für die nächste Fondsperiode und auf der Grundlage der Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenzen.

Die Ministerpräsidentenkonferenz Ost wird morgen stattfinden und wird sich auch noch einmal dazu verhalten. Es geht wirklich um die Wurst; es geht ums Eingemachte. Es geht darum, ob wir eine erhebliche Einbuße erleiden und am Ende die westdeutschen Bundesländer profitieren oder ob wir unsere Interessen sowohl gegenüber der Bundesregierung als auch gegenüber dem Europäischen Parlament durchsetzen können.

Das Stichwort, das ich schon hier in die Debatte einbringen möchte, heißt regionales Sicherheitsnetz. Dieses soll sicherstellen, dass wir in keinem Fall, wie auch immer die europäischen Szenarien sind, unter eine Mindestausstattung der europäischen Strukturfonds fallen.

Zu den Programmen, auf die wir uns vorbereiten, gehören neben der EU-Förderperiode insgesamt die sogenannten EU-Aktionsprogramme außerhalb der Fonds - einige Ergebnisse der Fonds habe ich eben schon referiert -, deren Bedeutung für das Land angesichts zurückgehender Strukturfondsmittel immer größer wird. Dazu gehört dann auch die Förderung der EU-Beratungsstellen. Wir sind in der glücklichen Lage, dass wir im vorvergangenen Jahr eine weitere EU-Beratungsstelle bekommen haben.

(Zustimmung von Angela Gorr, CDU)

Aber wir haben auch ein hohes Interesse daran, dass die EU-Beratungsstellen, das EU-Hochschulnetzwerk der Universitäten und die EU-Service-Agentur bei der IB für die Kommunen bis hin zum europäischen Jugendkompetenzzentrum „GoEurope“ weiterhin auch von der europäischen Seite her eine solide Ausfinanzierung bekommen, um ihre Aufgabe hier im Lande wahrnehmen zu können.

Für uns ist vor den Wahlen das Bekenntnis zu Europa wichtig. Wenn der Befund stimmt, dass die Europäische Union die wichtigste internationale Bedingung für eine erfolgreiche Entwicklung unseres Landes darstellt, dann muss es unser ureigenes Interesse sein, uns auch in Zukunft für eine starke und handlungsfähige Europäische Union einzusetzen. Dazu bedarf es einer offenen politischen und gesellschaftlichen Debatte.

Wir sollten uns auf das unmittelbar Gemeinsame und Verbindende rückbesinnen, nämlich die europäischen Werte und die Verträge. Sie sind ein Abbild der Übereinstimmung zwischen den Mitgliedstaaten und sie bilden das solide Fundament für ein gemeinsames Voranschreiten. Insbesondere in Zeiten von Populismus und Euroskeptizismus in ganz Europa

(Hannes Loth, AfD: Ah!)

ist es angezeigt und wichtig, diese Werte konsequent zu verteidigen und durchzusetzen. Ebenso wie die gemeinsamen Werte müssen die geschlossenen Verträge den Rahmen unseres gemeinsamen Handelns bestimmen.

Die Krisen machen den Reformbedarf deutlich, und die Europäische Union muss zweifellos auch nach innen und außen handlungsfähiger werden.

Wir gehen davon aus, dass es nicht, wie von Präsident Macron gefordert, eines Neubeginns oder einer neuartigen Europakonferenz bedarf, sondern dass es um die konsequente Umsetzung aller bisherigen Vereinbarungen geht. Dazu gehört - das habe ich von dieser Stelle aus schon wiederholt hervorgehoben - die strikte Wahrung des Subsidiaritätsprinzips auf der europäischen Ebene. Das heißt, den Regionen, den Mitgliedstaaten die Kompetenzen zu belassen, die sie gut und wirksam wahrnehmen können und die nicht unbedingt auf europäischer Ebene entschieden werden müssen.

Ob ein europäischer Konvent gemäß Artikel 48 des EU-Vertrags sinnvoll wäre, der langfristig unter Einbeziehung der nationalen Parlamente, zum Beispiel über die COSAC, berät, wird zu debattieren sein. Warten wir ab, welche Initiativen dazu in Brüssel bzw. von den mitgliedstaatlichen Regierungen ergriffen werden.

Die Landesregierung wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten den Reformprozess der EU aktiv mitgestalten. Der Vorabend der Wahlen zum Europäischen Parlament ist uns dabei Anlass und Verpflichtung zugleich, den Dialog über Europas Zukunft intensiv weiterzuführen.

Deshalb haben wir in den letzten Wochen gemeinsam mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland an sechs verschiedenen Orten Bürgerdialogveranstaltungen mit insgesamt mehr als 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt. Diese Veranstaltungen haben gezeigt, dass bei uns im Land nach wie vor ein hohes und konstruktives Interesse an europäischen Fragestellungen besteht und dass die grundsätzlich positive Stimmung gegenüber der Europäischen Union überwiegt.

Ich war gelegentlich selbst überrascht, wie wenig elementare Kritik geübt wurde. An dieser positiven Grundstimmung wollen wir anknüpfen, aber auch die Sorgen und Kritiken der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen, um so einen konstruktiven Beitrag zur europäischen Zukunftsdebatte zu leisten.

Die nächste Etappe wird die Europawoche sein, die in der ersten Maidekade stattfindet. Zwischen dem 25. April und dem 16. Mai finden mehr als

60 Veranstaltungen statt, die sich mit verschiedenen Facetten der europäischen Integration befassen und eine Plattform zum Austausch bieten. Das Programm habe ich dem Ausschuss übergeben. Ich bin ausdrücklich daran interessiert und bitte auch darum, dass sich die Abgeordneten dieses Parlaments daran engagiert beteiligen.

Im Rahmen der Europawoche werden wir auch die Gelegenheit nutzen, verdiente europäisch engagierte Bürgerinnen und Bürger mit der Ehrennadel des Landes Sachsen-Anhalt auszuzeichnen; denn es ist wichtig, dass das Ehrenamt, das auf diesem Feld aktiv dabei ist, gewürdigt und geehrt wird. Dies soll nicht zuletzt eine Anerkennung für all diejenigen sein, die durch ihr persönliches Engagement für die europäische Idee Europa im wahrsten Sinne leben und praktizieren.

Meine Damen und Herren! Es gibt Politikerinnen und Politiker, die die bevorstehenden Wahlen als Schicksalswahl für Europa bezeichnen. Das ist ein großer Begriff. Vom Ausgang der bevorstehenden Wahlen hängt ohne Zweifel ab, wie die Mehrheiten im Europäischen Parlament aussehen und welche Grundideen sie verkörpern werden.

Selbst wenn man einwendet, dass dies bei jeder Wahl so sei, muss doch allen, denen die Handlungsfähigkeit und die Gestaltungskraft Europas am Herzen liegen, die Stimmabgabe für ein starkes Europäisches Parlament ein besonderes Anliegen sein.

Lassen Sie uns, meine Damen und Herren, deshalb am 26. Mai im ureigenen Interesse unseres Landes und im persönlichen Interesse jeder Bürgerin und jedes Bürgers gewährleisten, dass all diejenigen, die das Wahlrecht haben, tatsächlich hingehen und Europa wählen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Minister Robra. Es gibt zwei Wortmeldungen. Als Erster spricht der Abg. Herr Poggenburg und dann der Abg. Herr Roi. - Sie haben das Wort, Herr Poggenburg.

André Poggenburg (fraktionslos):

Sehr geehrter Herr Minister Robra, ich habe Ihren Ausführungen entnommen, dass Sie es bis heute nicht verstanden haben.

(Oh! bei der LINKEN)

Europa ist nicht die EU. Die EU ist nicht Europa. Wer gegen die EU ist, ist nicht automatisch gegen Europa. Wer für Europa ist, ist nicht automatisch für die EU. Das eine, Minister Robra, ist ein geo-

grafischer und kultureller Fakt. Das andere ist ein virtuelles Konstrukt,

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Es ist ziemlich real!)

das total versagt hat. Ich kann den Briten nur immer wieder zu dem mutigen Schritt des Brexit gratulieren.

(Zustimmung bei der AfD)

Wir als Deutschland sollten dem folgen. - Danke.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Minister Robra, bitte.

Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur):

Ich will dazu inhaltlich jetzt nicht allzu viel sagen. Die Überschrift meiner Regierungserklärung lautet aus gegebenem Anlass, wie hoffentlich nicht unbemerkt geblieben ist, „Für Sachsen-Anhalt: Europa wählen!“ und bezieht sich auf die Europawahl. Es ist der Kern der heutigen Debatte, vom Landtag aus in das Land hinein zu wirken und daran zu erinnern, was am 26. Mai zur Wahl steht. Das ist eine Wahl in der Europäischen Union zum Europäischen Parlament und nicht zum Europarat oder anderen Gremien, bei denen diese Debatte dann sicherlich sinnvoll wäre.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Abg. Roi, bitte.

Daniel Roi (AfD):

Vielen Dank. - Herr Robra, nach Ihrer flammenden Rede für Europa bleibt für mich nur eine Frage: Wie steht die Landesregierung Sachsen-Anhalts zu einer europäischen Armee?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Minister Robra.

Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur):

Die Landesregierung Sachsen-Anhalts hat sich noch nicht mit der Fragestellung, ob es einer europäischen Armee bedarf, befasst. Es fällt zunächst auch nicht in die Zuständigkeit der Landesregierung von Sachsen-Anhalt, im Rahmen ihrer verfassungsgemäßen Kompetenzen, die sich aus der Landesverfassung ergeben, dazu Stellung zu nehmen.

Dies ist ein politischer Diskurs, der eine gesellschaftliche Bedeutung hat, der auch engagiert in den Medien ausgetragen wird, aber der Aufgabenbereich der Landesregierung erstreckt sich darauf nicht.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Es gibt eine weitere Wortmeldung vom Abg. Herrn Gallert. - Sie haben das Wort, Herr Gallert.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Herr Robra, ich habe eine Frage zu einem Detail. Sie sprachen davon, dass mit der Wojewodschaft Kujawien-Pommern gegenwärtig im Ergebnis des Besuches des Ministerpräsidenten mit Marschall Całbecki eine engere Kooperation zwischen beiden Regionen geprüft wird. Nun besteht bereits eine regionale Partnerschaft mit Masowien und mit der Region Centre in Frankreich. Das haben Sie gesagt. Überlegt die Landesregierung, neben Masowien eine zweite polnische Region zur Partnerregion zu machen? - Das hörte sich jetzt so an.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Minister Robra, bitte.

Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur):

Die Überlegungen sind noch nicht abgeschlossen. Kujawien-Pommern war auf uns im Zusammenhang mit den neuen Finanzierungsinstrumenten im Rahmen der Europäischen Union zugegangen, also mit Blick auf die Entwicklung von Darlehensfinanzierungen und revolvingierenden Fonds bei uns in den vergangenen Jahren. Im Zuge der Kontaktaufnahme hat sich gezeigt, dass Kujawien-Pommern in vielerlei Hinsicht vergleichbar ist mit Sachsen-Anhalt.

Masowien hat sich als die Region rund um Warschau sehr positiv entwickelt. Mittlerweile hat sie aber eine ganze Reihe von Problemen, die nicht so sehr ihre ländlichen Räume betreffen, sondern typische Probleme des Umfeldes großer Städte sind. Wir arbeiten mit Masowien in Fachfragen weiterhin sehr, sehr gut zusammen, auch im Europäischen Parlament und im AdR.

Wenn das Interesse in Kujawien-Pommern an einer vertieften Zusammenarbeit besteht und sich in unseren Ministerien weitere Projekte ergeben sollten, dann wären wir durchaus daran interessiert, uns zu weiteren Verabredungen mit Kujawien-Pommern zu treffen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Minister Robra. Es gibt eine weitere Wortmeldung. - Herr Abg. Raue, bitte.

Alexander Raue (AfD):

Vielleicht nehmen Sie zur Kenntnis, dass die Euro-Rettungsmaßnahmen im Zuge der Schwie-

rigkeiten vieler Länder, die im Euro-Währungsverbund sind, notwendig geworden sind. Mit diesen Euro-Rettungsmaßnahmen ist diese Niedrig- oder Nullzinspolitik der EZB verbunden und genau darunter leiden viele Deutsche, insbesondere viele Sparer und auch viele Kleinsparer.

Mit Stand heute sind für die deutschen Sparer in den letzten fünf, sechs Jahren Zinsverluste in Höhe von ca. 200 Milliarden € eingetreten. Wie wollen wir denen das erklären? - Einerseits loben Sie die EU. Die EU umschreiben Sie quasi insgesamt. Ein großer Teil der EU ist eben auch Euro-Land, und da die EU alles vermischt und Sie das nicht wirklich trennen, muss ich Sie an dieser Stelle kritisieren.

Es hätte zur Wahrheit dazugehört, dass diese Solidarität, die wir offiziell leisten, von einer inoffiziellen Solidarität begleitet wird, die nämlich in erster Linie die deutschen Sparer, die ca. 4,5 Billionen € in Lebensversicherungen und festverzinslichen Wertpapieren angelegt haben, leisten. Es sind diese Menschen aus Deutschland, die die Rettungspolitik möglich machen und die den Euro über die letzten Jahre hinweg getragen haben. Dazu sollten Sie ein Wort sagen, Herr Robra.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Minister Robra.

Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur):

Danke sehr. - Die Eurogruppe ist bekanntermaßen eine Gruppe im Rahmen der Europäischen Union. Dabei hat die Kommission noch am allerwenigsten damit zu tun. Dies wird im Wesentlichen in den Ministerräten der Eurogruppe behandelt.

Auf diese Fragestellungen, die jetzt nichts mit der Europawahl zu tun haben und nichts mit unserem Zusammenwirken mit der Europäischen Union, wie ich es im Rahmen dieser Regierungserklärung dargestellt habe, einzugehen hätte wirklich den Rahmen gesprengt.

So einfach ist es nicht. Es gibt auch die Häuslebauer, die nicht unwesentlich von dem derzeitigen Niedrigzinsniveau profitieren. Eine Eurodebatte zu führen bleibt uns unbenommen. Aber sie war nicht Gegenstand der Auseinandersetzung und Darstellung unserer Verbindung mit der Europäischen Union im Vorfeld der Europawahlen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Minister Robra. Ich sehe jetzt keine weiteren Fragen.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 2 b

Aussprache zur Regierungserklärung

Im Ältestenrat wurde die Redezeitstruktur „E“, also 90 Minuten Debattendauer, vereinbart. Die Reihenfolge und Redezeiten sehen wie folgt aus: AfD 16 Minuten, SPD neun Minuten, Fraktion DIE LINKE 13 Minuten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vier Minuten und CDU 24 Minuten.

Bevor ich aber dem ersten Redner das Wort erteile, habe ich die ehrenvolle Aufgabe die erste Gruppe von Schülerinnen und Schülern des Burg-Gymnasiums Wettin recht herzlich im Hohen Hause zu begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Herr Abg. Dr. Tillschneider, Sie dürfen jetzt an das Rednerpult treten. Ich erteile Ihnen jetzt das Wort. Bitte.

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Diese Regierung kann ihren Erklärungen nicht einmal einen Titel geben, ohne zu schwindeln. Sie sagen, für Sachsen-Anhalt Europa wählen, Sie meinen aber in Wahrheit gar nicht Europa, Sie meinen die EU. Das sind verschiedene Dinge.

(Zustimmung bei der AfD)

Die EU und Europa haben in etwa so viel miteinander zu tun wie die Sozialdemokratische Partei Deutschlands mit sozialer Demokratie und mit Deutschland: nämlich gar nichts.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Europa ist eine Kulturtradition, die vor mehr als 2 500 Jahren in Griechenland ihren Anfang nahm. Die Demokratie, wie wir sie erstmals in den griechischen Stadtstaaten antreffen, ist eine europäische Erfindung. Die gesamte Geschichte der Philosophie ist nicht mehr als eine Ansammlung von Fußnoten zu Platon und auch das Christentum ist erst durch seine Europäisierung qua Hellenisierung zu dem Christentum geworden, das wir kennen.

Demokratie, Philosophie und Christentum sind, das ist die Grundlegung Europas. Darauf aufbauend, entfalteteten sich Recht und Technik, Wissenschaft und Kunst, entwickelten sich unsere Vorstellungen von Humanität und Menschenrechten.

Das Besondere an dieser Tradition ist, dass sie von den europäischen Völkern je unterschiedlich

konkretisiert wurde. Die europäischen Völker verbindet viel und ebenso viel unterscheidet sie.

Der Rahmen der europäischen Tradition birgt eine überreiche Vielfalt nationaler Perspektiven, die sich nicht widersprechen, sondern sich ergänzen und so zu der großen Einheit fügen, die wir als Europa oder Abendland bezeichnen.

Und was ist dagegen die EU? - Wahrlich, sie muss diesen Vergleich scheuen wie der Teufel das Weihwasser. Ein jämmerliches Konstrukt, ein kleingeistiges Technokratenmachwerk. Die EU hat keine Ahnung davon, was Europa bedeutet und wozu es uns verpflichtet, was sich schon allein daran zeigt, dass die EU dem Islam die Tore geöffnet hat, einer fremden Kultur, von der jedes Kind weiß, dass sie nicht innerhalb, sondern außerhalb der abendländischen Tradition steht.

(Beifall bei der AfD)

Diese Tradition ist so reich an Mythen und Erzählungen, dass sich daraus eine starke Identität konstruieren ließe, wenn man nur wollte. Die EU aber will nicht und kann nicht. Denn sie hat überhaupt keinen Begriff von Europa. Der Mythos der EU ist das Richtlinienwesen. Sie ebnet alles ein, was die Nationen in Jahrhunderten aufgebaut haben. Sie zwingt den Kontinent in ein Korsett, an dem die Völker Europas zugrunde gehen. Sie ist ein geisttötendes Labyrinth aus Normierungssucht und Ordnungsfimmel. Brüssel ist der Inbegriff von Kleingeisterei, Kulturlosigkeit und Selbstverachtung, bestens repräsentiert durch Hausmeistertypen wie Martin Schulz.

(Beifall bei der AfD)

„Ein Ring sie zu knechten, sie alle zu finden, ins Dunkel zu treiben und ewig zu binden“ - böse Zungen beziehen diese zwei Verse aus dem Buch „Herr der Ringe“ auf den Brüsseler Sternenkranz. Das ist fast schon zu viel der Ehre und zu viel des Pathos. Was die EU antreibt, ist weniger etwas Dämonisches, sondern wohl eher so etwas wie die Banalität des Bürokratischen.

Der herrschende Diskurs sagt „Europa“ und meint „EU“. Er stiftet Begriffsverwirrung und nutzt den guten Namen Europas, um uns ein Projekt schmackhaft zu machen, das in Wahrheit gegen alles gerichtet ist, wofür Europa steht. Dieses Spiel spielen wir, die AfD, nicht mit. Deshalb habe ich meine Rede mit dieser Differenzierung begonnen, die gar nicht stark genug betont werden kann. Und deshalb sage ich nochmals in aller Deutlichkeit: Diese Union ist nicht unser Europa.

(Beifall bei der AfD)

Was die EU treibt, ist ein Vernichtungswerk auf allen Gebieten. Der sogenannte Bologna-Prozess, also die Einführung von verschulden Studiengängen nach angelsächsischem Vorbild in ganz Euro-

pa, war nicht mehr und nicht weniger als die planmäßige Vernichtung der deutschen Universität. An die Stelle der akademischen Freiheit und der durch sie erst ermöglichten Gründlichkeit des Studiums ist das Unwesen reglementierter und oberflächlicher Studiengänge getreten, die als konsumfertige Angebote auf dem Bildungsmarkt bereitstehen.

Was hat man für dieses Opfer erhalten? Was wurde um diesen Preis erkaufte? - Nicht nur nichts, sondern es kamen noch weitere Nachteile dazu. Die Mobilität im Studium wurde entgegen anderslautenden Erklärungen nicht nur nicht verbessert, sondern im Keim erstickt. Die Weltgeltung der deutschen Universität ist verloren gegangen. Wer zum Studieren nach Deutschland kommt, der will doch keine billige Kopie des angelsächsischen Systems, sondern das Original. So hat die EU nicht nur der deutschen, sondern allen europäischen Wissenschaftskulturen schweren Schaden zugefügt.

Auf dem Gebiet der Geldwirtschaft bietet sich das gleiche Bild. Der Euro konnte nur dank einer ökonomisch hoch riskanten Nullzinspolitik am Leben erhalten werden. Wir bezahlen diese Politik des billigen Geldes mit explodierenden Immobilienpreisen, Zinsverlusten, einer künstlichen, ungesunden Prosperität und infolge dessen anschwellenden Spekulationsblasen, in denen sich Wirtschaftskrisen ankündigen, von deren Ausmaß wir uns heute noch gar keinen Begriff machen können.

(Zustimmung bei der AfD)

Die EU gängelt unter dem Vorwand, das Urheberrecht schützen zu wollen, die Internetnutzer und arbeitet am Aufbau einer Zensurinfrastruktur, die sich nach Belieben auf politische Inhalte anwenden lässt.

Bei alledem ist die EU weder willens noch in der Lage, ihre Außengrenzen zu sichern. Die EU unterhält eine sogenannte Grenzschutzagentur namens Frontex, die nicht nur nicht die Grenzen schützt, sondern im Mittelmeer gemeinschaftlich mit Schleppern und NGO eine Art Shuttleservice für illegale Einwanderer betreibt.

Die EU fördert und organisiert die Flutung des Kontinents mit Wohlstandsmigranten aus Afrika und Nahost. Sie gefährdet damit unsere kulturelle Identität, den gesellschaftlichen Frieden und den Bestand unserer Sozialsysteme.

(Zustimmung bei der AfD)

Apropos Sozialsysteme: Die Linken reden immer davon, die Europäische Union müsse eine eigene Sozialpolitik entwickeln und überhaupt sozialer werden. Das ist bestenfalls Traumtänzerie; denn die Bestrebungen der EU gehen genau in die an-

dere Richtung: Anpassung nach unten auf allen Gebieten. Am Ende haben wir dann nicht französische Arbeitszeiten und luxemburgische Löhne, sondern britische Arbeitszeiten und rumänische Löhne.

(Zustimmung bei der AfD)

Der Zweck der EU war es ja auch nie, den Menschen in Europa das Leben leichter zu machen und ihnen mehr soziale Sicherheit zu bieten. Die EU ist, wie es Jean Pierre Chevènement, ehemaliger Minister unter Mitterrand, einmal gesagt hat, eine Relaisstation der Globalisierung. Es geht der EU darum, die Lukrativität des europäischen Raums für internationale Finanzinvestoren zu steigern. - Das wäre die ökonomische Zielsetzung.

(Zuruf von der AfD: Genau!)

Und die politische Zielsetzung ist natürlich gegen Deutschland gerichtet. Haben nicht französische Zeitungen im Jahr 1992 den Maastricht-Vertrag als „Versailles ohne Krieg“ bezeichnet, was den Nagel auf den Kopf trifft? - Dass Deutschland daran maßgeblich beteiligt ist, ist kein Widerspruch, sitzen die größten Deutschlandabschaffer doch seit jeher in Berlin. Sie spielen eben wie so oft über die Bande und lassen Brüssel ihre eigene antideutsche Agenda verkaufen.

(Beifall bei der AfD)

Da hat von der Leyen doch tatsächlich im Bundestag behauptet, wir Deutschen müssten europäischer werden. Deutschland ist schon zu 100 % Europa. Wir liegen in der Mitte des Kontinents und stehen geistig im Zentrum der europäischen Traditionen. Wie können wir dann europäischer werden? - Mehr Europa als Deutschland geht gar nicht.

Indem von der Leyen Europa gegen Deutschland in Stellung bringt, zeigt sie einmal mehr, dass sie eigentlich die EU meint und nicht Europa. Zugleich macht sie den Generalfehler der EU deutlich. Die EU denkt die Nationen und Europa als Widerspruch, weshalb sie die Nationen überwinden will. Europa ist aber nichts anderes als die Summe von Nationen. Ohne die Nationen gibt es kein Europa mehr. Wer also die Nationen angreift, der greift Europa an.

(Zustimmung bei der AfD)

Fazit: In der EU wendet sich Europa gegen sich selbst. Die EU ist die Perversion Europas. Die Globalisierung, die letztlich auch von Europa ausgeht, vor allem von Europa ausgeht, fällt in der EU auf Europa zurück. In der EU globalisiert sich Europa selbst. Das heißt, in der EU vernichtet sich Europa selbst. Das ist die Grundstruktur der Europäischen Union.

Davon weiß unsere Landesregierung natürlich nichts zu sagen. Minister Robra hat die diversen Förderprogramme gelobt, deren Namen sich so anhören, als hätte ein Buchstabenzufallsgenerator ausgespuckt:

(Heiterkeit bei der AfD)

EFRE, ESF, ELER, Interreg und was es sonst noch gibt. Hier gilt, dass man das Wesen aus dem Namen lesen kann - sperrig, unzugänglich, verbunden mit enormem Verwaltungsaufwand und in vielen Fällen wohl auch überflüssig. Ein schlechter Handel, sich darauf einzulassen.

Es stimmt natürlich, dass EU-Mittel nach Sachsen-Anhalt geflossen sind. Der Anteil der Bundesrepublik Deutschland am EU-Haushalt im Jahr 2016 betrug ca. 23 Milliarden €. Über verschiedene Kanäle erhielten wir in Form von Fördermitteln 10 Milliarden € zurück, sodass wir mit 13 Milliarden € der mit Abstand größte Nettozahler waren.

Anders gesagt: Für jeden Euro, den wir aus Brüssel erhalten, haben wir vorher mehr als 2 € gezahlt. Der Brexit wird diese Relation noch verschlechtern. Wenn das Profitieren heißt, Herr Robra, dann lade ich Sie herzlich ein, so einmal von mir zu profitieren,

(Heiterkeit und Zustimmung bei der AfD)

indem wir vertraglich festhalten, dass Sie mir pro Monat 10 000 € überweisen, wofür ich Ihnen in großzügiger Weise auf Antrag maximal 5 000 € zurücküberweise als Zuschüsse für Urlaubsreisen, Restaurantbesuche oder Renovierungsarbeiten.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Am Abendbrottisch im Kreis Ihrer Familie erzählen Sie dann bitte, wie sehr Sie doch von mir profitieren, und vergessen Sie bitte nicht, mich in Ihr Tischgebet einzuschließen. - So funktioniert das System EU.

(Beifall bei der AfD)

Wenn wir dieses Geld, das dann zurückfließt, wenigstens nach Belieben verwenden könnten ... Aber nein, wir müssen, um in den Genuss dieser Förderung zu kommen, die mit unserem eigenen Geld finanziert wird, eine entsetzliche Bürokratie bewältigen und rigide ideologische Vorgaben erfüllen.

Schulsanierungen werden nur gefördert, wenn sie den neusten energetischen Normen entsprechen, die in aller Regel noch einen Tick absurder sind als die Vorgängernormen, die aber für den Geschmack der Brüsseler Technokraten nicht mehr absurd genug waren und deshalb weg mussten, auf dass der Irrsinn immer neue Blüten treibe.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der AfD)

Kulturelle Projekte werden nur gefördert, wenn sie Genderziele verfolgen oder Geschlechterquoten erfüllen. Viele Projekte zielen von vornherein nur auf die Förderung von Migranten oder auf Personen mit spezieller sexueller Orientierung oder auf etwas anderes, was Brüssel besonders am Herzen liegt. Brüssel nutzt die Fördergelder als Lock- und Druckmittel, um die Länder Europa in seinem Sinne zu verändern. Dieses Spiel sollten wir nicht mehr mitspielen. Der ganze Fördermittelzirkus gehört sofort beendet.

Statt Milliarden Euro nach Brüssel zu überweisen und dann deutlich weniger Milliarden Euro von dort zu erhalten, sollten diese Mittel in einem nationalen Fonds zusammengefasst und notleidenden Kommunen zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall bei der AfD)

Ein europäischer Staatenbund kann gut und gerne mit 10 % des aktuellen Haushaltsvolumens in Höhe von 140 Milliarden € unterhalten werden. Das EU-Parlament gehört natürlich abgeschafft. Es gibt kein europäisches Staatsvolk, also kann es auch kein europäisches Parlament geben. Ein Staatenbund braucht ein schlankes Ratsgremium, in das die beteiligten Staaten Vertreter entsenden, mehr nicht.

Der Bologna-Prozess gehört sofort gestoppt. Zur besseren Vergleichbarkeit werden die europäischen Universitäten verpflichtet, zwei Arten von Studienabschlüssen anzubieten, einen nach drei Jahren und einen nach viereinhalb bis fünf Jahren. Wie diese Abschlüsse benannt sind und wie sie aufgebaut sind, bleibt den Nationalstaaten überlassen.

Der Euro gehört abgeschafft und die Grenzschutzagentur Frontex erhält die Anweisung, Einwanderungswillige ohne Papiere kompromisslos abzuweisen. - Das wären nur die wichtigsten Reformschritte.

Die Diskussion darüber, ob wir nun einen Dexit brauchen, halte ich für eine Pseudodiskussion. Denn klar ist: Wir brauchen einen europäischen Staatenbund, aber keinen europäischen Bundesstaat. Die AfD strebt deshalb eine radikale Reform der Europäischen Union an, die sie schlanker und effizienter macht. So wollen wir Europa stärken. Sollte das nicht möglich sein, schließen wir den Dexit nicht aus. Ich denke aber, dass es möglich sein wird. Denn aller Orten in Europa regt sich Widerstand gegen die EUdSSR und den Brüssler Sowjet.

(Zustimmung bei der AfD)

Salvini in Italien, Orbán in Ungarn, die FPÖ in Österreich und viele andere Politiker, Persönlichkeiten, Parteien und Bewegungen begehren auf und werden nach den EU-Wahlen die größte

EU-kritische proeuropäische Fraktion im EU-Parlament bilden, die es je gegeben hat.

(Zustimmung bei der AfD)

Patrioten aus ganz Europa werden sich vernetzen und diese Plattform nutzen, um für ein freies und selbstbewusstes Europa zu kämpfen.

„Für Sachsen-Anhalt: Europa wählen!“ - das war der Titel Ihrer Regierungserklärung. Ich will abschließend klarstellen: Wer in Sachsen-Anhalt schon ein starkes Stück Europa erkennt, der muss AfD wählen für ein stolzes Sachsen-Anhalt in einem stolzen Deutschland in einem stolzen Europa. - Vielen Dank.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der AfD - Zurufe von der AfD: Bravo!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Tillschneider. Es gibt zwar keine Fragen, aber eine kleine Anmerkung von mir. Sie sprachen gerade von Hausmeistertypen. Ich muss an dieser Stelle sagen: Hausmeister ist für mich ein ehrenwerter Beruf. Ich bin froh und Sie alle in diesem Haus sind sicherlich auch froh, dass wir Hausmeister haben. Deswegen würde ich Sie bitten, keine solche Abwertung vorzunehmen.

(Zuruf von der AfD)

Hausmeister ist und bleibt ein ehrenwerter Beruf.

(Zustimmung bei der CDU, bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN - Unruhe bei der AfD)

Wir kommen zur nächsten Debattenrednerin. Für die SPD-Fraktion - -

(Unruhe bei der AfD)

- Sehr geehrte Mitglieder der AfD-Fraktion, wir haben soeben Ihrem Kollegen die Möglichkeit gegeben zu reden. Ich denke, jetzt sollten wir auch den nächsten Rednern diese Möglichkeit geben. - Ich kündige jetzt noch einmal an: Frau Dr. Pähle spricht für die SPD-Fraktion. Sie haben das Wort.

(Stöhnen bei der AfD)

Dr. Katja Pähle (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine Damen und Herren, atmen Sie nicht so schwer ein! Wir mussten Herrn Tillschneider ertragen. Sie werden auch mit meiner Rede leben müssen.

Es ist sehr verwunderlich, dass jemand, der hier vorn auf die Abschaffung des Europäischen Parlaments drängt und der das alles herleiten kann, sich so sehr darum bemüht, in dieses Parlament zu kommen. Herr Tillschneider - ganz ehrlich -, ich nehme Ihnen nicht ab, dass Sie dort hinein wol-

len, weil Sie etwas verändern wollen. Ich gehe genauso wie bei anderen Abgeordneten Ihrer Partei auch bei Ihnen davon aus, dass Sie es lediglich deshalb tun, weil die Diäten an dieser Stelle etwas lukrativer sind als die im Landtag von Sachsen-Anhalt.

(Zustimmung bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Zurufe von der AfD)

Geben Sie doch zu, dass für Sie Europa die Maske ist, die Sie einfach nutzen wollen, um sich weiter zu empfehlen!

(Zurufe von der AfD)

An dieser Stelle auch: Ihre Fragen werde ich nicht beantworten.

(Zurufe von der AfD)

Meine Damen und Herren! Die Krise der Europäischen Union, ja, leider ist sie mit Händen greifbar. Ungeklärter Brexit, Renationalisierungstendenzen - dafür haben wir soeben ein Beispiel gehört - und mangelnde Solidarität in verschiedenen Politikbereichen sind die Stichworte, die schon gefallen sind.

Gerade der Brexit war noch einmal ein Katalysator, und nicht nur zum Schlechten. Mit dem Referendum für einen Austritt aus der EU hat sich zwar das erste Mal in der Geschichte der Europäischen Union ein Mitglied auf den Weg aus der Gemeinschaft heraus gemacht, aber auf einmal haben sich mehr Menschen tatsächlich mit der Europäischen Union und mit den Vor- und Nachteilen auseinandergesetzt.

Wir erleben, dass das Europabarometer vom September 2018 den höchsten jemals gemessenen Wert der Zustimmung zur Europäischen Union ausgewiesen hat. Wenn die Diskussion um den Brexit dazu dient, gut, dann hat sie wenigstens einen positiven Effekt.

All dies hat natürlich auch Einfluss auf die Wahrnehmung der Europäischen Union bei den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland. Eine aktuelle Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung kommt zu dem Ergebnis, dass natürlich nicht alles im Guten ist. Zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger sehen Reformbedarf.

Das ist nicht schlimm. Politische Konstrukte können, sollen und müssen verändert werden nach einer guten, nach einer redlichen Diskussion und nicht dem Aufwerfen von Ressentiments, Unterstellungen und Fake News.

(Zustimmung bei der SPD und von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Zugleich genießt die EU aber weiterhin eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung. Genau das ist der

Punkt, der mir Mut macht. Die Bürgerinnen und Bürger wollen ein gemeinsames Europa und sie wollen, dass die europäische Integration fortgesetzt wird und dass für alle gemeinsame Regeln gelten.

Das ist auch absolut nachvollziehbar. Denn egal aus welcher Perspektive man es betrachtet, eines ist klar: Die europäische Integration ist das größte Friedensprojekt, das es jemals auf unserem Kontinent gegeben hat. Wir leben in Frieden.

Im nächsten Jahr begehen wir den 75. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges. Es war das Ende der schlimmsten Barbarei, die dieser Kontinent je gesehen hat. Es war die europäische Idee, die mit dazu beigetragen hat, aus diesem zerstörten und zerrissenen Kontinent einen Ort des Friedens zu machen. Nicht umsonst hat die Europäische Union im Jahr 2012 den Friedensnobelpreis bekommen.

Ein Großteil der Europäerinnen und Europäer, die heute auf dem Kontinent leben, musste nie erfahren, wie es ist, Krieg im eigenen Land zu haben. Sie kennen nur den Frieden und das soll auch so bleiben. Dieses Europa des Friedens war und ist auch ein sozialdemokratisches Projekt.

(Mario Lehmann, AfD: Ach ja!)

Wir haben bereits aus den Wirren des Ersten Weltkrieges unsere Schlussfolgerungen gezogen und im Jahr 1925 die Gründung der Vereinigten Staaten von Europa gefordert. Wir stehen heute dafür, dass Europa auch als Europäische Union erhalten bleibt.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir lassen uns Europa nicht von den Populisten, Nationalisten und Rechtsextremisten kaputt machen. Wir werden nicht dabei zusehen, wenn Politiker wie Salvini, Orbán und Meuthen das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen. Wir werden nicht akzeptieren, dass Europa durch Lügen und Unterstellungen in ein schlechtes Licht gerückt wird, so wie es Boris Johnson von der Konservativen Partei und Nigel Farage von der Ukip gemacht haben. Sie haben mit falschen Zahlen und falschen Versprechen agiert.

350 Millionen Pfund pro Woche, das sind ungefähr 410 Millionen €, sollten nicht mehr an die EU überwiesen, sondern in das Gesundheitssystem investiert werden. Von dieser Forderung wollten aber selbst diejenigen, die die Kampagne losgetreten haben, später nichts mehr wissen; sicherlich auch, weil es die Summe von 350 Millionen Pfund, die Großbritannien wöchentlich an die EU überwiesen hat, nie gegeben hat.

Das ist nur ein Beispiel dafür, wie mit falschen Zahlen Stimmung gemacht wird. Darauf müssen

wir uns vielleicht auch bei der vor uns liegenden Europawahl gefasst machen. Wir sollten gewappnet sein und, Herr Tillschneider, Sie haben meine Vermutung bestätigt.

(Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Wir wollen eine engagierte, eine mutige Debatte über die Zukunft Europas führen. Aber das kann nur eine Debatte sein, die auf den europäischen Werten beruht, auf den Werten der Freiheit, der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Solidarität, und nicht auf Hass, Abgrenzung und Nationalismus.

Emmanuel Macron hat viele wichtige Vorschläge gemacht und wichtige Denkanstöße gegeben. Umso bedauerlicher ist es, dass seine Gesprächseinladung bisher aus Berlin mit Schweigen beantwortet wurde. So kann man Europa und die europäische Idee auch schwächen.

Wenn man Begeisterung für Europa schaffen will, dann muss man den Bürgerinnen und Bürgern sagen, warum sie am 26. Mai zur Wahl gehen sollen und warum sie ihre Verantwortung und ihr Stimmrecht wahrnehmen sollen. Denn als überzeugte Demokratin und Europäerin wünsche ich mir, dass möglichst viele erkennen, wie wichtig diese Wahl für Europas Zukunft ist, und sie das durch die Abgabe ihrer Stimme auch beweisen.

Am 26. Mai werden in Europa die Weichen gestellt. Wir werden uns entscheiden müssen: Wollen wir Nationalismus oder wollen gemeinsam mehr erreichen? Wollen wir zurück in die Kleinstaaterei oder wollen wir auf Augenhöhe mit den USA und China verhandeln? Wollen wir einen Wettbewerb um den niedrigsten Sozialstandard oder wollen wir eine Europäisierung der Sozialsysteme und des Mindestlohns? Wollen wir ein Europa der Egoisten oder wollen wir ein Europa der Solidarität, in dem Lasten gemeinsam geschultert werden? Wollen wir ein schwaches EU-Parlament voller Europaskeptiker oder wollen wir eine starke Bürgervertretung mit Abgeordneten, die für Europa brennen und es besser machen wollen?

Für uns ist die Antwort auf diese Fragen klar: Europa ist kein Auslaufmodell, sondern ein Zukunftsgarant. Wenn wir die gewaltigen Herausforderungen, vor denen wir regional, national und international stehen, bewältigen wollen, dann brauchen wir mehr Europa und nicht weniger. Wir brauchen eine stärkere Integration und nicht ein Zurück in die Spaltung. Wir brauchen aber vor allem mehr demokratische Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass Europa auch ein Wohlstandsversprechen einlöst und mehr Anstrengungen unternimmt, um die sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten auszugleichen. Der Schutz Europas nach innen und nach außen muss gestärkt werden und wir brauchen eine Reform der EU-Strukturen und -Institutionen. Die Bürger erwarten eine Europäisierung des Handelns und sie erwarten endlich einen wirksamen Schutz gegen die Steuerflucht internationaler Unternehmen.

Es gibt also sehr viel zu tun, um eine zügige Reform der Wirtschafts- und Währungsunion anzustrengen, damit alle davon profitieren können. Ich glaube, mit dieser Debatte können wir dazu beitragen, klar zu zeigen, für welchen Punkt die demokratischen Parteien bei der Europawahl stehen und wer dagegen steht. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Dr. Pähle. Sie haben schon angekündigt, Fragen nicht beantworten zu wollen. Aber der Abg. Herr Dr. Tillschneider hat natürlich die Möglichkeit, eine Kurzintervention zu tätigen. Das gilt auch für Herrn Kirchner. - Bitte.

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):

Wir wollen natürlich in das Europäische Parlament, um es von innen heraus abzuschaffen. So abwegig ist das doch gar nicht. Platz 19 ist überhaupt nicht aussichtsreich. Aber sollte es mir gelingen einzuziehen, dann wäre meine erste Handlung im Europaparlament, den Nigel Farage zu machen und öffentlich zu erklären: I want you all fired! - Das ist das Eine.

(Unruhe)

Zweitens zu ihrer indiskreten und ordinären Bemerkung bezüglich der Diäten. Erlauben Sie mir bitte, dass ich aus „Also sprach Zarathustra“ von Friedrich Nietzsche zitiere:

„Dem Reinen ist alles rein‘ - so spricht das Volk. Ich aber sage euch: den Schweinen wird alles Schwein!“

(Heiterkeit und Zustimmung bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Kirchner, bitte.

Oliver Kirchner (AfD):

Ich bitte auch hierzu noch einmal dringend um sinnerfassendes Zuhören. Das, was Hans-Thomas Tillschneider gesagt, stimmt natürlich. Dass

Sie sich als SPD hier vorn hinstellen und Populismus betreiben, was die Diäten betrifft, und das mit einem Parlamentspräsidenten, der sich 111 000 € erschlichen hat, das grenzt schon an Hohn. - Vielen Dank.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen zum nächsten Debattenredner. Für die Fraktion DIE LINKE spricht der Abg. Herr Gallert. Sie haben das Wort.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bisher hat die Debatte ziemlich genau den erwarteten Verlauf genommen. Herr Robra hat alle in ihn gesetzten Erwartungen voll erfüllt und Herr Tillschneider auch.

(Oliver Kirchner, AfD: Jetzt sind Sie dran!)

Am Anfang der Debatte möchte ich Folgendes sagen: Wer auch nur annähernd Herrn Tillschneider zugehört hat - das richtet sich jetzt vor allem an die Kollegen der CDU -, der muss wissen: Eine Diskussion mit der AfD über europapolitische Themen ist so überflüssig wie ein Kropf.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei den GRÜNEN)

Die Zielstellung ist ganz klar: abschaffen; erst das Europaparlament und dann die restlichen Institutionen.

(Oliver Kirchner, AfD: Reformieren!)

Es soll irgendetwas beibehalten werden, was aber in der heutigen Situation nur eine Perversion, sozusagen ein selbstzerstörendes Objekt wäre. Wer dazu Brücken sucht, der wird ins tiefe Wasser fallen, liebe Kolleginnen und Kollegen. - Nun gut.

(Zustimmung bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Da haben wir sie also, die Regierungserklärung „Für Sachsen-Anhalt: Europa wählen!“ Das ist ein ziemlich indifferenter Titel. Er lässt ein paar Wochen vor der Europawahl ziemlich viele Spielräume dafür offen, worüber man diskutieren will. Man kann das in zwei Richtungen tun. Man kann sich die Verwaltungsvereinbarungen zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und Brüssel vornehmen, man kann sich Abflusslisten zu EU-Mitteln in Sachsen-Anhalt ansehen und man kann darüber reden, warum sie so schlecht aussehen, und die Verantwortung dafür natürlich auf Brüssel schieben.

Genauso wie hier, wenn irgendetwas schief läuft, liegt die Verantwortung natürlich immer in Brüssel,

ob bei der Agrarförderung, der Energiepolitik oder beim Dieselauto. Das sind gewohnte Optionen, das sind gewohnte Debatten, die wir allerdings nicht unbedingt hier fortführen müssen.

Es ist heute schon mehrfach gesagt worden - sogar von Herrn Robra -: Ja, es gibt eine fast inflationäre Verwendung des Begriffes Schicksalswahl für diese Europawahl. Deswegen, glaube ich, steht es uns an, keine bürokratische Debatte zu führen, die Zahlen einmal zu Hause zu lassen sowie zu dieser Frage eine Grundwerte- und eine Grundsatzdebatte zu führen.

Ich sage allerdings auch ganz klar: Auch diese Option ist mit Risiken behaftet, weil sie nämlich in Allgemeinplätzen enden kann. Wir sind alle irgendwie für Europa. Wir finden das alle - nicht alle, okay - irgendwie gar nicht so schlecht mit der Europäischen Union, aber wir sind auch alle irgendwie für das Subsidiaritätsprinzip - das habe ich heute gehört - und für die nationale Selbstbestimmung usw. usf.

Wenn wir das machen, dann sagen wir eigentlich gar nichts. Dann können wir uns die Debatte sparen und vor allem hätten wir ein riesiges Problem: Wir kämen nicht an die wirklichen Probleme heran. Wir haben in dieser Europäischen Union substanzielle Probleme, wie es uns der Brexit gerade sehr deutlich zeigt.

Wir brauchen eine solche Debatte, um diese Probleme zu analysieren und um sie einzudämmen. Denn eines ist klar: Eine vernünftige Perspektive für diesen Kontinent, eine vernünftige Perspektive für dieses Land Sachsen-Anhalt gibt es nur mit einer richtig gut entwickelten Europäischen Union und nicht gegen sie, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Wolfgang Aldag, GRÜNE)

Die eigentliche Frage, über die wir diskutieren müssen, ist nicht die, die die AfD uns hier aufzischen will. Die AfD hat ein Nationsverständnis aus der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts, das mit all den Katastrophen verbunden ist, die dabei herausgekommen sind. Wir müssen darüber diskutieren - das ist unsere Aufgabe -, welche Zielrichtung denn diese Vertiefung der Europäischen Union haben soll. Was sind die Entwicklungsziele? Was wollen wir genau umsetzen? Worin besteht die Notwendigkeit, dass wir diese Dinge miteinander realisieren?

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Menschen in der Europäischen Union sind an vielen Stellen sehr viel weiter als die politische Debatte. Wir haben - das muss man zunächst feststellen -, nicht in Europa, aber in der Europäischen Union de facto einen vollständig miteinander verbunde-

nen Wirtschaftsraum. Die Grundfreiheiten freier Kapital- und Zahlungsverkehr, Dienstleistungsfreiheit, freier Warenverkehr und die Personenfreizügigkeit haben dazu geführt, dass wir inzwischen längst einen gemeinsamen Wirtschaftsraum haben. Dazu will ich ganz klar sagen: Das finde ich gut. Inzwischen ist dieser Raum im persönlichen Sinne ein Identifikationsraum für einige Menschen geworden, wie es früher die Nation für sie geworden ist. Das ist längst ein Fakt.

Unser großes Problem ist, dass wir auf der politischen Seite ein riesiges Defizit haben. Dort haben wir tatsächlich erst einmal nur einen Staatenbund mit einer ganz gering ausgeprägten politischen Willensbildung auf europäischer Ebene. Die Einzelstaaten, die innerhalb der Europäischen Union die bestimmenden Akteure sind, begegnen sich in gegenseitiger Konkurrenz. Häufig ist es so, dass der kleine individuelle Vorteil die großen Vorhaben und die großen Perspektiven zunichtemacht. Dagegen müssen wir vorgehen. Dafür brauchen wir eine neue Idee. Das ist die Krise der Europäischen Union, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Lassen Sie uns deswegen über die Richtung reden. Man kann es natürlich so machen wie bei der deutschen Reaktion auf die Vorschläge von Macron: ignorant, arrogant und versehen mit einem Stück Provinzialismus aus dem Saarland. Das kann man machen, aber ich glaube, so geht es nicht. Man kann es auch einmal differenziert betrachten. Natürlich haben wir gegenüber den Vorschlägen von Macron ganz gewaltige Vorbehalte. Übrigens werden sie aktuell in einer Debatte wieder aufgegriffen, und zwar unter anderem von Frau Merkel. Es ist interessanterweise eine Rüstungsdebatte.

Lassen Sie mich an dieser Stelle kurz auf die großen Probleme eingehen, die wir mit der europäischen Integration haben. Derzeit gibt es im Jemen einen vernichtenden Bürgerkrieg gegen die Zivilbevölkerung. Wer ist ein entscheidender Akteur? - Saudi-Arabien. Worüber diskutieren wir? - Wir diskutieren innerhalb der Europäischen Union über Rüstungslieferungen nach Saudi-Arabien. Man muss keine Fachfrau oder kein Fachmann für Außenpolitik sein, um zu sehen: Wer unter diesen Bedingungen Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien akzeptiert, der handelt schändlich, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Er handelt gegen die EU-Grundrechtecharta. Er handelt unanständig und er muss sich dafür rechtfertigen.

(Zuruf von Detlef Gürth, CDU)

- Ja, Herr Gürth. Manche Dinge muss man mal laut aussprechen. Es tut mir leid, aber es ist so.

Jetzt haben wir folgende Debatte in der Europäischen Union. Es gibt Dinge, die vor allen Dingen in der Bundesrepublik Deutschland hergestellt werden. Na gut, die wollen wir jetzt nicht unbedingt liefern. Aber die großen militärischen Projekte werden in der Europäischen Union gemeinsam mit Großbritannien und Frankreich hergestellt.

Und jetzt kommen wir zu einer ganz eigenartigen Debatte. Den Leuten, die jetzt sagen: „Nein, auch die entsprechenden Militärflugzeuge, die dort Not und Elend verbreiten, wollen wir nicht exportieren“, beginnt man zu entgegnen: „Du bist Antieuropäer; du bist Antieuropäer, weil du gemeinsame Rüstungsprojekte mit Franzosen und Briten nicht haben willst.“ Dazu sage ich: Wer in dieser Art und Weise die europäische Integration beschmutzt, und zwar unter Verstoß gegen die Grundwerte der Europäischen Union, der erweist ihr einen Bärendienst, der schafft Feinde der europäischen Integration. Das dürfen wir nicht zulassen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Unsere Perspektive ist eine Integration, aber eine Integration in eine Europäische Union des Friedens, der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit und der strukturellen Friedenskomponente im globalen Maßstab, und nicht in eine Europäische Union, die sich darauf einigt, möglichst wenige Beschränkungen für Rüstungsexporte in solche Krisengebiete zu realisieren. Das ist der Unterschied bei der Ausrichtung der Europäischen Union zwischen uns und einigen von Ihnen, liebe Kolleginnen - leider.

(Beifall bei der LINKEN)

Lassen Sie mich ein anderes Beispiel nennen. Wir werden im südöstlichen Afrika zurzeit Zeuge einer der größten Naturkatastrophen seit der Aufzeichnung überhaupt. Dort gibt es zigtausende Quadratkilometer, die unbewohnbar geworden sind. Dort sind landwirtschaftliche Flächen verloren gegangen. Die Küstenstadt Beira mit 500 000 Einwohnern wurde dem Erdboden gleichgemacht durch einen Wirbelsturm, durch eine Katastrophe.

Wenn das in der Karibik oder in den USA passiert, dann bekommen wir es mit, wenn das im südöstlichen Afrika passiert, dann natürlich kaum. Wir wissen nicht, wie viele Menschen dort inzwischen gestorben sind. Aber diese Klimakatastrophen dort unten werden in ihrer Intensität permanent zunehmen, und zwar parallel zu der Erwärmung des Klimas, parallel zu der Erhöhung der CO₂-Konzentrationen in der Atmosphäre.

Nun muss man aber wissen: Der Mosambikaner - wenn wir das auf einen Pro-Kopf-Wert der Bevölkerung herunterrechnen - liegt in der Reihenfolge der CO₂-Produktion im internationalen Vergleich auf Platz 117. Die Mosambikaner bekommen die Konsequenzen unserer verfehlten Klimapolitik zu spüren. Das ist das Problem, liebe Kolleginnen.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Und nein: Deutschland wird das nicht allein bewältigen können; dazu brauchen wir verbindliche Regeln innerhalb der Europäischen Union. Dafür brauchen wir verbindliche Regeln, die so stark sind, dass dieser gemeinsame starke Wirtschaftsraum bei der Entwicklung von klimafreundlicher Produktion und bei der Eindämmung der CO₂-Emissionen wirklich vorangeht. Das sind die entscheidenden Dinge.

Aber was ist die Realität? - Die Realität ist, dass es ausreicht, wenn die Bundeskanzlerin nach Brüssel fährt, sich für die Interessen der Autolobby, der deutschen Oberklasse-Autolobby, starkmacht

(Oh! bei der AfD)

und dort sämtliche CO₂-Werte wieder nach oben korrigieren kann. Das sind die strukturellen Fehler der Europäischen Union. So etwas darf nicht mehr passieren; das ist eine falsche Entwicklung. Wir stehen für eine andere: Wir stehen für die globale Verantwortung auch im Klimabereich, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das eigentliche und zentrale Problem, mit dem wir es allerdings bei der sinkenden Akzeptanz der Europäischen Union in vielen Ländern - nicht so sehr in Deutschland, das stimmt, aber in vielen Ländern - zu tun haben, ist, dass wir zwar einen gemeinsamen Wirtschaftsraum haben, aber keine Sozialstandards, die in dieser Europäischen Union wirklich verbindlich sind.

Liebe Kolleginnen, das ist ein mathematisches Modell - ich meine, die AfD wird es nicht kopieren,

(Oliver Kirchner, AfD: Vielleicht besser als Sie!)

aber ich versuche, es den anderen zu erklären -: Wenn Sie einen gemeinsamen Wirtschaftsraum haben, freier Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Menschen, in diesem gemeinsamen Wirtschaftsraum, der diesbezüglich übrigens klar normiert ist, aber keine sozialen Standards haben, die gemeinsam organisiert werden, dann haben Sie immer einen Sozialdumpingwettbewerb im Standortwettbewerb. Dann ist immer

derjenige Standort innerhalb der Europäischen Union am profitabelsten, der die geringsten sozialen Standards hat. Das ist das Problem, liebe Kolleginnen. Das ist die einfache Losung, auf die man es zurückführen kann. Deswegen braucht dieser europäische Wirtschaftsraum gemeinsame höhere soziale Standards. Dafür kämpfen wir, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dabei sind beide Sätze richtig. Wenn es diese Europäische Union nicht schafft, sich zu einem sozialstaatlichen Gefüge zu entwickeln, dann wird sie auseinanderfallen, weil die Masse der Menschen diese Europäische Union als knallharte neoliberale Konkurrenz für ihre soziale Sicherheit empfinden wird. Das ist das Problem, das wir in Großbritannien hatten. Der polnische Arbeiter als Konkurrent für den britischen Arbeiter - das hat zum Brexit geführt; davon müssen wir loskommen.

Deswegen gilt: Diese Europäischen Union kann nur als Sozialstaat existieren. Ich sage umgekehrt auch: Keiner mag sich der Illusion hingeben, dass es in der Perspektive noch einen nationalen Sozialstaat geben wird, der allein auf sich gestellt ist. Diese Wirtschaft ist viel, viel zu verflochten, um dies zu realisieren.

Die Europäische Union wird nur als Sozialstaat existieren können. Einen sozialen Nationalstaat wird es allein nicht geben. Es wird ihn nur noch auf europäischer Ebene geben. Das ist unsere Perspektive, das ist unser Ziel, darum geht es auch hier in Sachsen-Anhalt. - Danke, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Gallert. Ich habe eine Wortmeldung von Herrn Farle. - Abg. Herr Farle, Sie haben das Wort, bitte.

(Olaf Meister, GRÜNE: Eine Kurzintervention!)

Robert Farle (AfD):

Das ist eine Kurzintervention.

(Heiterkeit bei der LINKEN - Olaf Meister, GRÜNE, lacht)

Ich bestätige Ihnen gern: Sie können gut frei sprechen. Aber das sagt nichts über den Inhalt aus, den Sie von sich geben. Ich muss ehrlich sagen: Es ist eine Zumutung, dass Sie hier noch immer die Klimalüge verbreiten,

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Was soll das? Sie sind ein Klimalügner! - Unruhe)

dass der CO₂-Ausstoß irgendetwas mit einer Veränderung der großen klimatischen Bewegungen auf der Erde zu tun hat. Vor dem von Menschen gemachten CO₂-Ausstoß gab es schon immer CO₂, nämlich 95 % oder 97 % des weltweiten CO₂-Anteils.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Es geht um den menschengemachten Unterschied!)

Es hat überhaupt nichts mit den Lebensbedingungen in Afrika oder sonst irgendwo in der Welt zu tun, ob bei uns Dieselfahrzeuge fahren oder nicht. Das ist einfach nur linke Demagogie.

(Thomas Lippmann, DIE LINKE: Das ist einfach lächerlich!)

Zu dem zweiten Punkt, den Sie angesprochen haben.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Sie sind ein gefährlicher Lügner!)

Wer zahlt denn die gemeinsamen sozialen Standards in Europa, für die Sie eintreten? - Das soll Deutschland bezahlen, mit soundsoviel Milliarden mehr als Haftungsgemeinschaft. Sagen Sie das den Wählern, damit kein Mensch mehr für die Linken auch nur ein einziges Kreuz

(Dr. Katja Pähle, SPD: Das ist doch Blödsinn! - Zuruf von der LINKEN)

auf dem Stimmzettel macht. Das ist Demagogie, was Sie betreiben. - Danke sehr.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Abg. Gallert, Sie haben natürlich das Recht, darauf etwas zu erwidern. Bitte.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Na ja, ich werde jetzt nicht direkt auf den Redebeitrag des Kollegen Farle eingehen. Ich habe vorhin gesagt: Der Redebeitrag von Herrn Tillschneider hat klargemacht, dass es sich nicht lohnt, mit der AfD über diese Themen zu diskutieren.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Das war an die Kollegen der CDU gerichtet. Wir haben jetzt noch einmal genau dasselbe vorgeführt bekommen.

(Zuruf von Daniel Roi, AfD)

Wer leugnet, dass der CO₂-Ausstoß -- Wer leugnet, dass wir überhaupt irgendeine menschengemachte Klimaveränderung haben, mit

dem brauche ich über diese Dinge nicht zu diskutieren. Denn Sie leugnen es. Es fehlt jegliche Grundlage für eine inhaltliche Debatte.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Übrigens fehlt damit zum Beispiel auch jegliche Grundlage für das Stark-III-Programm, mit dem wir hier unsere Schulen saniert haben. Das ist nämlich eigentlich nur ein Programm zur CO₂-Reduzierung. Das dürften wir hier alles nicht haben, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn es danach ginge.

(Matthias Büttner, AfD: Das ist totaler Quatsch!)

Deswegen will ich jetzt auf die andere Geschichte eingehen.

(Zuruf von der AfD)

- Na klar, wenn Sie „Sozialstandards“ hören, dann sagen Sie, die Deutschen sollen das bezahlen. Dann haben Sie auch bei der CDU eine ganze Reihe von Fans dieser Argumentation; das ist schon so. Nur, das Problem, das Sie nicht verstehen, ist, dass Sozialdumping in einem gemeinsamen Wirtschaftsraum dazu führt, dass Sie, wenn Sie in einem Land Dinge unter sozial schlechten Voraussetzungen herstellen können, dann auch das Land unter Druck setzen, in dem es höhere Sozialstandards gibt.

Wissen Sie, wir haben in Frankreich jetzt die Debatte um die Gelbwestenproteste. Das ist übrigens das große Glaubwürdigkeitsproblem von Macron: Er schlägt eine Sozialunion vor und macht zu Hause zurzeit genau das Gegenteil. Es gibt eine ganze Reihe von Ökonomen, die sagen, ihm blieb gar nichts anderes übrig, und zwar aus folgendem Grunde: Das, was er jetzt macht, ist nichts anderes, als die Agenda 2010 nachzuholen.

(Zustimmung von Guido Henke, DIE LINKE)

Weil die Arbeitskosten in Deutschland so gedrückt worden sind, ist die Exportrentabilität von Deutschland innerhalb der Europäischen Union so gestiegen - -

(Robert Farle, AfD: Und Sie haben sie noch weiter gedrückt über die Zuwanderung! Sie sind die Lohndrücker in Deutschland! - Sebastian Striegel, GRÜNE: Das ist doch absurd!)

- Herr Farle, nun lassen Sie mich doch einmal ausreden; das habe ich bei Ihnen doch auch gemacht.

Lange Rede, kurzer Sinn. Das sind sozusagen die Kreisläufe und Konsequenzen: Wenn man in

einem Land die Sozialstandards heruntersetzt, dann wird man innerhalb dieses Wirtschaftsraums zur Gefahr für die Sozialstandards in anderen Ländern. Das ist das, was wir gemacht haben. Die Agenda 2010 ist das, was die derzeitigen Gelbwestenproteste in Frankreich mit hervorgerufen hat. Das muss man aber verstehen. Das verlange ich von den Kollegen der AfD nicht, aber Ihnen von der CDU habe ich das noch einmal darzulegen versucht. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. Herr Borgwardt hat sich zu Wort gemeldet. - Herr Borgwardt, bitte.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Ich lasse mich jetzt nicht über rhetorische Fähigkeiten aus,

(Zuruf von der LINKEN: Das ist auch besser so!)

sondern vielmehr darüber, dass man aufpassen muss, lieber Kollege Gallert, wenn man undifferenziert verallgemeinert. Sie haben uns jetzt in Mithaftung genommen. Sie haben die Vorschläge von Macron vorhin als Beispiel dargestellt und haben dann Merkel-Zitate angeführt. Und jetzt, wo es Ihnen in einem Punkt nicht passt - das ist die Sozialstrategie von Macron, diesbezüglich gebe ich Ihnen übrigens recht -, stellen Sie das so dar.

Ich will noch einmal ganz klar sagen, wie unsere Position dazu ist: Unsere Position ist, dass wir aufpassen müssen, nicht das Ganze aus dem Blick zu verlieren. Macron lässt sich zum Beispiel als Klimafreund feiern, obwohl jeder weiß, dass Frankreich zu 100 % Atomstrom hat. Wir bei uns haben eine andere Auffassung. Die Entscheidung ist klar, darüber will ich auch gar nicht reden, aber das muss man mit betrachten.

Der andere Punkt, der mich wirklich ärgert, ist: Wenn alle die Klimaziele, die Deutschland jetzt schon hat - einmal ganz abgesehen von Sachsen-Anhalt; wir sind Vorreiter innerhalb der 16 Bundesländer in Deutschland - -

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Was sind wir? - Zuruf von der LINKEN: Oho!)

- Wir in Sachsen-Anhalt sind Vorreiter; wer das wirklich bestreitet - -

(Hendrik Lange, DIE LINKE, lacht)

- Aber selbstverständlich! Schauen Sie sich doch einmal die Parameter an.

(Zuruf von Hendrik Lange, DIE LINKE)

Wenn man dann darstellt, wo das Problem liegt, und das natürlich mit Afrika verknüpft, dann muss man klipp und klar sagen: Wenn alle Anrainerstaaten die Klimapolitik und die Ziele Deutschlands verfolgten und den CO₂-Ausstoß aufwiesen, den Deutschland hat, einschließlich der großen, wenn man so will, Ökoschleudern Russland, China und andere - - Das muss man im Kontext betrachten und kann nicht Deutschland allein in Haftung nehmen.

Ich wollte nur sagen: Wenn man über das große Ganze schwadroniert - das kann man machen -, dann muss man aber auch erwähnen, dass Deutschland hierbei ein sehr großer Vorreiter ist und eben nicht der Bremsen. Das wollte ich zumindest anmerken.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Danke, Herr Borgwardt. Ich sehe das nicht als Frage an, sondern als eine Kurzintervention. - Herr Gallert, Sie haben natürlich auch in dem Fall die Möglichkeit, etwas zu erwidern.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Ich habe das Wort „schwadronieren“ jetzt einmal überhört, Kollege Borgwardt.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Das habe ich bewusst gesagt!)

Lange Rede, kurzer Sinn. Erstens: Schaut man sich die CO₂-Bilanz des durchschnittlichen Bundesbürgers an, dann wird deutlich, dass sie in etwa um das Zweieinhalbfache besser ist als die des US-Amerikaners, aber sie ist noch immer um das 1,2-fache höher als die des Chinesen. Wenn wir also diese Schuldzuweisungen machen, dann müssen wir sehr genau aufpassen. Natürlich ist der Energieverbrauch bei uns so immens und so viel höher als in den meisten Ländern der Welt, dass wir trotz alledem noch erhebliche CO₂-Produktionen aufweisen.

Trotzdem will ich auf Ihren Punkt eingehen. Genau das ist es ja: Im Bösen wie im Guten - es ist an der Stelle doch alles eines. Auch die Klimaveränderung - das war mein Petitum -, auch eine vernünftige, gute Klimapolitik kann man nicht im nationalen Alleingang realisieren. Deswegen brauchen wir für diese Dinge in der Europäischen Union verbindliche Regeln. An einigen Stellen funktioniert das übrigens schon so. Wenn wir keine europäische Begrenzung für Stickoxide hätten, dann hätte der Kollege Scheuer wahrscheinlich längst gesagt: Die 40 lasse ich stehen, nur das „Mikro...“ streiche ich weg.

Es ist nicht so, dass wir überall Vorreiter sind. In der Europäischen Union ist man übrigens, etwa

im Klimabereich, im Ökobereich, durchaus häufig weiter als in Deutschland. Wir müssen das nur weiter verbindlich machen. Jedem, der bei uns sagt, wir könnten in diesem Bereich nationale Alleingänge unternehmen, dem sage ich: Die werden weltweit relativ wenig bewirken, wenn es uns nicht gelingt, das auf die europäische Politik zu übertragen.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Da sind wir uns ja einig!)

Nur, Siggie Borgwardt, eines darf man nicht machen: Man darf nicht sagen: Weil es in Europa sowieso nicht funktioniert, lassen wir es lieber gleich. Das ist der Fehschluss.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Das habe ich nicht gesagt!)

Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. Herr Abg. Gallert, es gibt noch eine Anfrage oder eine Kurzintervention von dem Abg. Herrn Raue.

Alexander Raue (AfD):

Herr Gallert, ich habe eine Frage an Sie. Sie sprachen das Lohndumping an, das Deutschland betreibt und wodurch es sich extreme Wettbewerbsvorteile im Handel mit den anderen europäischen Ländern erkaufte hat. Ich habe mir gerade einmal eine Statistik angeschaut; denn ich wollte es selbst nicht glauben, aber ich hatte es etwa so im Kopf: Spanien zum Beispiel hat im Jahr 2019 einen Mindestlohn von etwa 5 €, Griechenland hat einen noch geringeren, von etwa 3 €, in Portugal liegt er auch bei etwa 3 €. Die Mindestlöhne in diesen Staaten liegen also deutlich unter denen in Deutschland. Die Sozialleistungen, die die Regierungen oder im Prinzip die Volkswirtschaften für ihre Bürger erwirtschaften, liegen auch weit unter denen Deutschlands.

Normalerweise müsste es doch eigentlich so sein, rein nach kapitalistischem Konzept, dass dort, wo die Löhne niedrig sind, gewaltige Investitionen ausgelöst werden und ein starkes Wirtschaftswachstum die Folge ist.

Erklären Sie uns bitte einmal, warum das in diesen Staaten nicht geschieht. Und wenn das nicht geschieht, wieso sollen dann diese Staaten noch deutlich stärker profitieren, wenn Deutschland eine nationale Verteilung zu deren Gunsten in Schwung bringt und bei uns nicht mehr ausreichend investieren kann?

Ich will noch eine Gedankenstütze geben.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Raue, bitte fassen Sie sich kurz.

Alexander Raue (AfD):

Ja, es geht ganz schnell. - Diese Staaten haben nicht nur im Vergleich zu Deutschland ihre Wettbewerbsfähigkeit verloren. Es ist wichtig zu wissen, dass sie im internationalen Vergleich, also mit Asien und Amerika, ihre Wettbewerbsfähigkeit verloren haben. Das können wir in Deutschland nicht ausgleichen, Herr Gallert.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Abg. Gallert, bitte.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Wir alle wissen, dass sich die Warenströme im internationalen Bereich zu 60 %, 70 % innerhalb der Nationalstaaten der Europäischen Union bewegen. Das hat einfach damit etwas zu tun, dass Importe aus Amerika und China sehr viel schwieriger sind, zum Teil mit Zöllen belegt sind, zum Teil mit DIN-Normen usw. usf.

Das Problem, um das es hierbei geht, ist eigentlich ganz einfach, und zwar deswegen: Sie müssen solche Dinge wie den Mindestlohn an der Produktivität in diesen Bereichen orientieren. Die Produktivität in der Europäischen Union ist extrem unterschiedlich. Die Unterschiede zwischen den Durchschnittslöhnen in Portugal und in Deutschland stellen sich übrigens nicht so dar, wie Sie es jetzt sagen. Die Lohnspreizung in Deutschland ist sehr viel größer als in den meisten anderen Ländern. Das heißt, Sie können die Durchschnittslöhne von Portugal nicht an dem hiesigen Mindestlohn orientieren.

Das, was eigentlich passiert ist, ist, dass wir zwischen 2002 und 2010 in Deutschland durchschnittlich eine Produktivitätsentwicklung zwischen 1,5 % und 2 % zu verzeichnen hatten. Es gab aber gleichzeitig eine Lohndegression. Bis 2012 war durchschnittlich eine abnehmende Nettolohnsumme festzustellen. Das bedeutet, die gesamte Produktivität ist in die Gewinne der Unternehmen und in einen möglichen Exportüberschuss gegangen. Das ist der Grund dafür, dass wir heute diese Unwuchten haben, diesen extremen Exportüberschuss.

Es geht um die Produktivität. Zudem geht es um einen weiteren Aspekt; das betrifft vor allen die kleinere Industrie: Sie brauchen neben guten Produktionsbedingungen natürlich auch Absatzmärkte. Das, was sie exportieren können, können sie in Rumänien - das wird inzwischen auch häufig gemacht -, in Polen oder in Tschechien herstellen. Aber sie brauchen auch Absatzmärkte. Diese Absatzmärkte sind zumindest für einen Teil der In-

dustrie notwendigerweise vor Ort zu suchen und nicht dort, wo die Leute kein Geld haben.

Deswegen ist das System, das wir zurzeit in der Europäischen Union haben, an seine Wachstumsgrenzen gelangt. Das betrifft übrigens auch das Exportsystem der Bundesrepublik Deutschland. Wenn du niemanden mehr hast, der es bezahlen kann, der deine Exportüberschüsse importieren soll, dann funktioniert es nicht. Ganz einfach.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Gallert. - Wir kommen zur nächsten Debattenrednerin. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Abg. Frau Frederking. Sie haben das Wort. Bitte.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Danke schön. - Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Europawahl am 26. Mai ist eine Klimawahl. Das ist ganz klar. Es geht um die Frage, welche europäische Klimapolitik wir bekommen. Es ist die Wahl zwischen denen, die den Klimawandel mildern und seine Folgen bewältigen wollen, und denen, die den Klimawandel weitgehend ignorieren, verharmlosen oder gleich ganz leugnen. Es geht bei dieser Wahl aber auch um das politische Klima. Lebt die große Idee Europas der Zusammenarbeit und der Unterstützung weiter oder wird sie durch Nationalistinnen und Populistinnen verdrängt?

Die Herausforderungen durch den Klimawandel sind immens. Unsere Lebensgrundlagen und unsere zivilisatorischen Errungenschaften sind bedroht. Die Politik hat diesbezüglich bisher zu zaghaft agiert. Für große Würfe im Klimaschutz fehlte der Mut, und einige, die behaupten, für den Klimaschutz Verantwortung zu übernehmen, versagen bei ihrem eigenen und auch bei dem konkreten Handeln. Die jungen Leute in ganz Europa von Fridays for Future haben das erkannt.

(Zuruf von Bernhard Daldrup, CDU)

Sie fordern das Recht auf eine Zukunft ein und sie erwarten energisches und konsequentes Handeln von denen, die jetzt an den politischen Hebeln der Macht sitzen, und sie haben recht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Europa muss in der Gemeinsamkeit besonders da stark sein, wo wichtige Ziele nur durch Zusammenarbeit des gesamten Kontinents erreicht werden können, zum Beispiel beim Klimaschutz. Europäische Regelungen gehen oft weiter als nationale Bestrebungen. Das kann man gerade auch in Deutschland gut sehen, wo sich die Bundes-

regierung der Automobillobby mehr verbunden fühlt als dem Gemeinwohl. Immerhin konnte die EU niedrigere CO₂-Grenzwerte bei Neuzulassungen von Kfz durchsetzen, als es die Bundesregierung und die Automobilindustrie wollten. Wie segensreich wäre es doch, wenn auch die Fahrgeschwindigkeiten auf Autobahnen dem EU-Recht unterliegen würden.

(Zuruf von Ulrich Siegmund, AfD)

Es war das europäische Naturschutzrecht, das die Sägen im Hambacher Forst gestoppt hat. Die europäische Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie hat die rechtswidrige Abholzung des polnischen Bialowieza-Urwaldes aufgehalten.

(Minister Marco Tullner: Wie heißt der?)

Ein anderes Beispiel dafür, wie ein entschlossenes Europa auch handeln kann, ist die neue Richtlinie gegen Einwegplastik.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Das sind nur einige wenige Beispiele, in denen Europa in Sachen Klima-, Arten- und Umweltschutz bereits Gutes bewirkt hat. Es gilt aber, noch viel mehr zu tun.

Eine wesentliche Richtungsentscheidung ist die anstehende Neugestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik. Wir GRÜNEN wollen, dass die Subventionen an gesellschaftliche Leistungen gebunden werden. Es muss Anreize für Artenvielfalt, Tierwohl, Klimaschutz und Umweltschutz geben.

Die EU-Fördergelder, allen voran die europäischen Struktur- und Investitionsfonds, haben zu Innovationen und zum Gedeihen von strukturschwachen Regionen beigetragen. Es ist richtig, dass die Landesregierung mit besonderer Sorgfalt die neue Förderperiode vorbereitet. All das sollte bewahrt werden und es sollte Neues hinzukommen, wie ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetika,

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

wie eine Digitalsteuer. Zudem muss die soziale Dimension ausgebaut werden um Mindestlöhne und Regeln für Gesundheit, Rente und Arbeitslosigkeit. Die Mitgliedstaaten müssen sich darauf verlassen können, dass die EU hinschaut und die Rechtsstaatlichkeit gewahrt bleibt.

Ein politisches Klima, das von Zusammenarbeit, Solidarität und Unterstützung geprägt ist, hat auch uns in Sachsen-Anhalt gut getan.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Abg. Frederking, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Den letzten Satz, bitte.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Nur in einem solchen Klima können wir unsere Lebensgrundlagen schützen, eine zukunftsfähige Wirtschaft schaffen und Frieden sichern. Dafür brauchen wir die Europäische Union.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Frederking. Ich sehe keine Wortmeldungen. - Wir kommen somit zum letzten Debattenredner. Für die CDU-Fraktion spricht der Abg. Herr Kurze.

Markus Kurze (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Frederking, bevor ich in meine Rede einsteige, muss ich sagen: Ich hoffe, dass diese Hatz, die Sie hier betreiben gegen die Autoindustrie und gegen die vielen Autofahrer, die tagtäglich ihr Auto nutzen,

(Siegfried Borgwardt, CDU: Müssen! - Bernhard Daldrup, CDU: Müssen!)

um zur Arbeit zu fahren, um am Ende das zu erwirtschaften, was wir alle in unserem gesamten Land und auch innerhalb der EU nutzen, draußen, außerhalb dieses Hohen Hauses ankommt bei dieser ganzen Klimahysterie und dem Wahn, den Sie versuchen, in Deutschland zu fabrizieren. Das ist unerhört. Unerhört ist das. Wirklich wahr!

(Zustimmung bei der CDU - Beifall bei der AfD - Sebastian Striegel, GRÜNE: Würden Sie bitte aufhören, meiner Kollegin psychiatrische Krankheiten zu unterstellen! - Unruhe)

Einen gegen den anderen auszuspielen, das ist doch unerhört. Menschenkinder, Herr Striegel. Das passt doch wirklich nicht in so eine Debatte. Das hat doch mit Europa wirklich nicht so viel zu tun, wie Sie versuchen, es hier darzustellen.

(Dorothea Frederking, GRÜNE: CO₂-Grenzwerte! - Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

- Ich denke, Sie können sich auch melden, Herr Striegel, und eine Kurzintervention machen.

(Dorothea Frederking, GRÜNE: Ich habe über CO₂-Grenzwerte gesprochen!)

Aber diese Rede eben war wirklich unter aller Kanone, dem Thema Europa nicht würdig. Das möchte ich hier ganz deutlich festhalten.

(Zustimmung bei der CDU, bei der AfD und von André Poggenburg, fraktionslos)

Ich hoffe, die Menschen draußen bekommen davon eine Menge mit, damit diese Hysterie, die in Ihre Richtung geht und von Ihnen ausgeht,

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Hören Sie bitte auf, meine Kollegin zu psychiatrisieren! - Unruhe)

endlich mal wieder gedämpft wird. Möge Gott uns davor bewahren, dass Sie richtig an den Drücker kommen; denn dann gute Nacht Deutschland und gute Nacht Europa. Also ehrlich!

(Zustimmung bei der CDU und bei der AfD - Ulrich Siegmund, AfD, lacht - Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Wolfgang Aldag, GRÜNE: Wir machen das noch zwei Jahre mit, Herr Kurzel! - Zuruf von Andreas Schumann, CDU)

Frieden, Freiheit und Wohlstand unter erschwerten Bedingungen der globalisierten Welt zu erhalten - darin liegt die große Verantwortung der zukünftigen Europapolitik. Prof. Dr. Sven Simon, Inhaber des Lehrstuhls für Völker- und Europarecht an der Philipps-Universität in Marburg, hat in einem Beitrag für die „FAZ“ deutlich gemacht, dass wir dem europäischen Einigungsprojekt die längste Friedensperiode unserer Geschichte und auch den größten Wohlstand, den wir je hatten, zu verdanken haben. Dieser Gedanke allein sollte ausdrücken, wie wichtig diese Gemeinschaft von Ländern sein kann.

Ich werde nicht müde zu betonen, dass die infrastrukturelle, ökonomische, ökologische und soziale Entwicklung in unserem Land ohne die Hilfe aus Europa unvorstellbar gewesen wäre. So wurden zahlreiche Projekte durch die europäischen Struktur- und Investitionsfonds unterstützt.

Zum einen war die Vollendung der deutschen Einheit, meine sehr verehrten Damen und Herren, nur in einem sicheren und freien Europa möglich. Das wusste Helmut Kohl; das wusste die CDU. Dafür sind wir unserem Altkanzler dankbar, nicht nur in der Union, sondern in ganz Deutschland, vor allem sicherlich in den neuen Bundesländern.

Zum anderen sind seit Anfang der 1990er-Jahre Mittel in Höhe von mehr als 9 Milliarden € von Brüssel nach Sachsen-Anhalt geflossen. Bei jeglichen Reden zu Europa ist es mir persönlich wichtig, das zu betonen, um zu zeigen, wie sehr auch Sachsen-Anhalt von der EU bisher profitiert hat.

(Zuruf von Andreas Schumann, CDU)

Die Einbindung unseres Landes in ein starkes und gemeinschaftliches Europa ist die beste Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung.

Sachsen-Anhalt ist ein weltoffener Partner in einem starken, handlungs- und wettbewerbsfähigen demokratischen und sozialen Europa. Der Europäische Binnenmarkt mit seinem freien Personen-, Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr ist für die Menschen in Europa eine große Chance.

Voraussetzung dafür, diese Chance nutzen zu können, ist die Vermittlung interkultureller Kompetenz bei gleichzeitig klarem Bekenntnis zu unseren Werten, mit denen unsere Großeltern und Eltern unser Land, unseren Wohlstand geschaffen und somit einen unverzichtbaren Beitrag für das starke Haus Europa geleistet haben.

Mit dem noch immer unklaren Ausgang des Brexits ist ein Höhepunkt in der Kritik an Europa erreicht. Dies zeigt, dass viele Bürger das Vertrauen in die Europäische Union verloren haben. Der Austritt des Vereinigten Königreiches würde weitreichende finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der EU bedeuten.

Doch das ist momentan nicht das einzige Streitthema innerhalb der europäischen Staaten. Zwischen Deutschland und Frankreich gab es Streitigkeiten wegen der Ostseepipeline Nord Stream 2. Viele Menschen in unserem Land sagen, wir dürfen nicht abhängig sein und brauchen verschiedene Anbieter, um für unsere 82 Millionen Einwohner Energiesicherheit vorzuhalten. Zudem muss die Energiesicherheit natürlich bezahlbar bleiben - auch das noch einmal ein ganz klarer Gruß an die GRÜNEN.

Italiens Haushaltsplan ist massiv überschuldet. Italien macht Frankreich den Vorwurf, dass es für die hohen Zahlen an Migranten verantwortlich sei. Des Weiteren werden Entscheidungen in Brüssel als Bürokratiemonster bezeichnet. So gibt es weiterhin keine gemeinsame Verteidigungs- und Außenpolitik der EU.

Man stelle sich vor, jeder Vierte aus Afrika will nach Europa. Wenn aus Afrika jeder Vierte von den 1,3 Milliarden Menschen - Stand 2017 - nach Europa will und wir die Außengrenzen nicht ernsthaft schützen, brauchen wir uns hier über die Einhaltung der Klimaziele, meine sehr verehrten Damen und Herren, wohl keine Gedanken mehr zu machen.

(Oliver Kirchner, AfD: Das stimmt!)

Ungarn mit seinen Nachbarn kritisiert die EU und wirft ihr vor, verpflichtende Ansiedlungsquoten einführen zu wollen und das Recht der Mitgliedsstaaten auf Grenzschutz zu schwächen. Zudem hat aktuell mit Rumänien ein Land den Ratsvorsitz, das ein großes Problem mit Korruption im Lande hat. Die Gelbwestenproteste in Frankreich können insgesamt als ein Ausdruck der Unzu-

friedenheit mit der eigenen Regierung, aber auch mit der EU aufgefasst werden.

Diese genannten Beispiele sind auch ein Beleg dafür, dass der EU-Binnenmarkt als weltweit größter Wirtschaftsraum zerstrittener erscheint als die Konkurrenz. Verstärkt wird diese Situation dadurch, dass nationalistische und radikale Kräfte immer wieder betonen, der europäische Gedanke, die Institution Europa könne nicht funktionieren.

Doch in Richtung jener Kräfte sei gefragt: Wie soll die Sicherung von EU-Außengrenzen ohne eine Europäische Union funktionieren? Wie soll ein Staat für sich allein in der globalisierten Welt die Migrationspolitik, Bereiche der Verteidigungspolitik, die Terrorismusbekämpfung sowie die Energieautonomie und die Telekommunikation bewältigen?

Die Europäische Union ist mittlerweile ein großes Konstrukt mit verschiedenen unterschiedlichen Interessen und auch Ansprüchen, die jedes einzelne Land für sich definiert. Das wissen wir alle.

Das macht es aber für die Zukunft nicht einfacher, diese Gruppe beieinander zu halten. Dabei ist es gewiss auch nicht hilfreich, mit den Mitgliedstaaten auf Konfrontationskurs zu gehen. Wir werden mehr Europa nur dann herbeiführen können, wenn wir den Konsens finden, und zwar über alle unterschiedlichen und auch berechtigten nationalen Interessen hinaus.

Wir haben Regeln in der EU. Und wenn wir Regeln haben, dann müssen diese natürlich für alle gelten. Diese Aufgabe ist anspruchsvoll und herausfordernd, aber nur so kann es funktionieren.

Daher muss es also auch in der Zukunft vor allem darum gehen, dass wir weiterhin alle miteinander und nicht übereinander reden und zu Kompromissen zu finden, die das Gesamtschiff Europa weiter voranbringen. So sagte Professor Simon auch hierzu, die EU sei die einzig realistische Größe, um den aktuellen globalen Herausforderungen gerecht zu werden. Diese Stärke, meine sehr verehrten Damen und Herren, müssen wir nutzen und dafür müssen wir die Dinge berücksichtigen, die ich eben vorgetragen habe.

Für uns als CDU war das Zusammenwachsen Europas vor 70 Jahren vor allem eines: ein Sicherheitsversprechen für seine Bürgerinnen und Bürger. Nach den Erfahrungen furchtbarer Kriege mit Millionen Toten und millionenfachem Leid soll diese Phase der Geschichte der Vergangenheit angehören. Heute beschäftigen wir uns mit anderen Themen: Terrorismus, Klima, digitaler Wandel, globaler Handel. All das macht vielen Menschen Angst und diese Angst müssen wir ihnen nehmen.

Dazu bedarf es einer gemeinsamen Verteidigungspolitik. Wir wollen die Koordinierung der Nachrichtendienste und Antiterrorbehörden verstärken und eine gemeinsame Datenplattform schaffen für den Kampf gegen Terrorismus, organisierte Kriminalität und illegale Migration.

Insgesamt müssen sich die Mitglieder der EU wieder stärker einander annähern und sich weiter miteinander vernetzen. Dieser vernetzte Ansatz bringt bei internationalen Krisenherden Verteidigungs-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik zusammen, um Flüchtlingsbewegungen zu verhindern. Wir brauchen international mehr und nicht weniger Kooperation.

Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, meine sehr verehrten Damen und Herren, kann Europa nur durch entschlossenes und mutiges Handeln sichern. Wenn Europa stehenbleibt, wird es zerrieben zwischen den globalen Kräften. Deshalb treten wir als CDU für ein starkes Europa ein.

Der Tatsache, dass die Zukunft Europas und damit auch die kommenden Europawahlen wichtiger denn je sind, trägt auch der Koalitionsvertrag auf Bundesebene besondere Rechnung. Im Titel heißt es dort. „Ein neuer Aufbruch für Europa“. Denn nur eine starke Europäische Union kann ein Garant für eine Zukunft in Frieden, Sicherheit und Wohlstand sein. Die Herausforderungen, vor denen wir in der Europäischen Union stehen, sind nun einmal, wie eben bereits beschrieben, enorm.

Im Jahr 2016 stimmten die Bürgerinnen und Bürger des Vereinigten Königreichs mehrheitlich gegen den Verbleib in der EU. Das war bereits 2016. Bis heute zieht sich dieser Prozess hin. Jeden Tag hören wir dazu neue Nachrichten und neue Informationen. Es wird noch eine spannende Frage sein, was in den nächsten zehn Tagen mit Großbritannien und letztlich auch mit der Union passiert.

Die Herausforderungen durch Flucht und Migration stellen die europäische Partnerschaft daher auf eine sehr harte Probe. Wachstum und Beschäftigung kommen zwar in Europa wieder besser in Schwung, die Folgen der Wirtschaftskrise sind aber noch nicht vollständig überwunden. Die Jugendarbeitslosigkeit ist in Teilen Europas immer noch sehr hoch. Europa muss aber ein Kontinent der Chancen sein, besonders für junge Menschen; denn sie sind die Zukunft Europas.

Wir wollen, dass junge Menschen ihre Hoffnungen auf Europa setzen. Wir wollen, dass sie gute Jobs finden, sich frei und mobil in Europa entfalten können, sodass sie im Austausch mit anderen Freundschaften schließen und das europäische Zusammenleben praktisch erfahren können. Deshalb wollen wir die Austauschprogramme, wie Erasmus+, ausbauen und die Jugendarbeitslosigkeit

keit innerhalb der Europäischen Union mit mehr Mitteln bekämpfen.

Neue Schwerpunktsetzungen der USA, das Erstarken Chinas und die Politik Russlands machen deutlich: Europa muss sein Schicksal mehr als bisher in die eigenen Hände nehmen. Dazu gehört es auch, faire Mobilität zu fördern, jedoch missbräuchliche Zuwanderung in die Systeme der sozialen Sicherheit zu unterbinden. Diesem haben wir uns auch im Koalitionsvertrag auf Bundesebene verschrieben. Ein zentraler Punkt für die Zukunft muss es daher sein, den digitalen Binnenmarkt in Europa endlich zu vollenden. Das würde auch unserem Land wieder zugutekommen.

Das deutsche Handwerk bildet mit rund einer Million Betrieben und mehr als 5,3 Millionen Erwerbstätigen eine tragende Säule des deutschen Mittelstandes. Es ist hoch innovativ, regional verankert und erschließt durch seine leistungsfähigen Unternehmen auch erfolgreich neue Märkte auf europäischer und internationaler Ebene.

Dieser Binnenmarkt, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist eine große Chance. Wir wollen mit dem Blick auf internationale Anforderungen die Rahmenbedingungen so gestalten, dass die Positionen im europäischen und internationalen Wettbewerb dauerhaft gestärkt werden. Hierfür müssen vor allem kleine und mittlere Unternehmen bei der Erschließung von und der Behauptung in Märkten unterstützt werden. So haben wir es in Sachsen-Anhalt im Koalitionsvertrag verankert.

Wir unterstützen eine Politik der EU, die verhindern soll, dass kriminelle Schlepper und Schleuser entscheiden, wer nach Europa kommt. Wir wollen Anreize ausschließen, die dadurch entstehen, dass Minderjährige von ihren Eltern unter Gefährdung des Kindeswohls zukünftig auf die gefährliche Reise vorgeschickt werden.

In den vergangenen Jahren ist die Welt unberechenbarer und unsicherer geworden. Internationale Ordnungen und fundamentale Prinzipien, wie Multilateralismus, das Völkerrecht und die universelle Gültigkeit von Menschenrechten, sind unter Druck und drohen weiter zu erodieren.

Die Folgen des Klimawandels, Risiken von Handelskriegen, Rüstungswettläufen und bewaffneten Konflikten, Instabilität im Nahen und Mittleren Osten, Fluchtbewegungen sowie neue aggressive Nationalismen innerhalb und außerhalb Europas fordern uns heraus und wirken bis in unsere Gesellschaft hinein. Wir wollen eine Europäische Union, die nach innen erfolgreich ist und zugleich in der globalisierten Welt unsere Interessen wahrt und mit unseren Werten überzeugt.

Hierzu braucht sie eine kraftvolle gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik so-

wie eine Entwicklungspolitik, die weit intensiver als bisher mit einer Stimme spricht mit gut ausgestatteten, aufeinander abgestimmten zivilen und militärischen Instrumenten.

Ich blicke einmal zu der LINKEN hinüber. Man mag manchmal auch erstaunt sein, was es für Anträge innerhalb des Europäischen Parlaments gibt, die inhaltsgleich, wie man feststellt, wenn man sie nebeneinanderlegt, eigentlich auch direkt von der anderen Seite kommen könnten. Den Weg, den DIE LINKE innerhalb der EU gehen will, hat Herr Gallert zwar versucht, eindeutig zu beschreiben. Aber wenn man genauer hinschaut, dann merkt man, dass gerade bei der LINKEN mehrere Strömungen vorhanden sind, bei denen man nicht hundertprozentig weiß, welche nun der richtige Weg ist, den wir einschlagen wollen. Denn wenn wir ein starkes Europa haben wollen, dann kommen wir nicht umhin, auch eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu betreiben.

Bei dieser Frage müssen auch Frankreich, England und Deutschland enger zusammenarbeiten. Ich habe es vorhin gesagt: Wenn jeder Vierte aus Afrika nach Europa will - 325 Millionen Menschen können wir in Europa nicht mehr verkraften. Wir haben schon mit zwei Millionen eine Menge Probleme in unserem Land.

(Zustimmung von Ulrich Thomas, CDU, und von Lars-Jörn Zimmer, CDU)

Wir setzen uns für eine Vertiefung der europäischen Integration und die Entwicklung gemeinsamer europäischer Lösungen unter der Wahrung des Subsidiaritätsprinzips ein; auch das ist ein wichtiges Argument im Rahmen unserer Politik. So stärken wir trotz unzweifelhaft großer Herausforderungen das Vertrauen in Europa und treten europafeindlichem Populismus entgegen.

Darum soll dem Thema Europa auch im Schulunterricht deutlich mehr Gewicht verliehen werden. Hierfür sind den Schulen und der Landeszentrale für politische Bildung als Akteure die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Aber ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch das haben wir nicht nur im Koalitionsvertrag verankert, sondern auch haushaltstechnisch untermauert. Exzellente Partner hierbei sind auch die beiden Europa-Informationszentren in Magdeburg und in Halle, deren Einrichtungen nur zu begrüßen sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker hat die Leistung der Europäischen Union in seiner Rede zur Lage der Union im vergangenen Jahr positiv beschrieben. Trotz düsterer Wolken nach der Finanzkrise 2008 wachse Europas Wirtschaft wieder kontinuierlich. Seit 2014 seien nahezu zwölf Millionen neue Ar-

beitsplätze entstanden. 339 Millionen Menschen stünden in Lohn und Brot, so viele wie nie zuvor in Europa. Selbst die Jugendarbeitslosigkeit stehe mit 14,8 % auf dem geringsten Stand seit 2000. Ich weiß, dass die Jugendarbeitslosigkeit in den einzelnen Ländern unterschiedlich hoch ist. Aber das ist nun mal der Durchschnitt. Ich denke, das kann uns am Ende positiv stimmen.

Juncker hat damals betont, wenn es darauf ankomme, müsse Europa zusammenstehen; denn nur wenn Europa stark und geeint sei, könne es die Menschen vor Bedrohungen von innen und außen schützen, vom Terrorismus bis hin zum Klima.

Diesen Worten, meine sehr verehrten Damen und Herren, können wir uns als CDU nur anschließen. Dabei kann und wird das Vereinigte Königreich, egal wie die Abstimmung zum Brexit nun letztlich ausfällt, für die EU nie ein Drittland wie jedes andere sein. Es wird stets ein sehr enger besonderer Partner und Nachbar bleiben, politisch, wirtschaftlich und in Fragen der Sicherheit.

Die Europäische Union ist ein historisch einzigartiges Friedens- und Erfolgsprojekt. Jeder Einzelne kann dazu beitragen, dass es so bleibt. Am besten gelingt das natürlich bei der Europawahl am 26. Mai 2019 mit einem Kreuz bei der CDU.

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Ganz bestimmt!)

Der klare Anspruch meiner Partei lautet: Europa muss stärker werden.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Mehr Artikel 13, oder was?)

Mit einem Innovationsbudget wollen wir dafür sorgen, dass Europa in Schlüsseltechnologien weiterhin Vorreiter hervorbringt.

Mit einem Pakt zum Klimaschutz wollen wir sicherstellen, dass wir die Bewahrung der Schöpfung und wirtschaftliches Wachstum zusammenbringen - natürlich nicht mit Hysterie, sondern auch mit Aufklärung. Dazu gehört natürlich, wenn wir die Kohledebatte am Ende der Rede noch einmal kurz betrachten, dass man ehrlich bleiben muss. Wenn die Kinder und Jugendlichen zu Tausenden sicherlich zu Recht auf die Straße gehen

(André Poggenburg, fraktionslos: Schulschwänzer!)

und einmal demonstrieren, dann ist das okay. Ob man das jede Woche freitags im Rahmen der Schulzeit machen muss, muss jeder Einzelne für sich selbst differenziert betrachten. Ich bin auch gegen das Schulschwänzen. Wir haben Regeln in unserem Land. Mit diesen Regeln ist unser Land

groß geworden. Das hat sich bewährt. Nicht nur Werte, sondern auch Regeln bringen uns hierbei voran.

(Zuruf von der AfD: Genau!)

Schauen wir uns die Debatte einmal an. Wenn wir alle Kohlekraftwerke in Deutschland nach einem Zeitplan abschalten, dann gehört es mit dazu, dass wir dann auch klar und deutlich machen, wie viel Grad Celsius Erderwärmung dadurch eingespart werden.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Jedes bisschen hilft!)

Dazu sage ich Ihnen: Um 1/100 °C wird sich die Erderwärmung reduzieren, also 0,01 °C.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Also sollen wir es lassen? - André Poggenburg, fraktionslos: Ja!)

Wenn wir in der Europäischen Union unsere Klimaziele erreichen, sparen wir 1/10 °C ein, also 0,1 °C an Erderwärmung. Im Umkehrschluss bauen die Chinesen 600 neue Kohlekraftwerke. Wenn man sich das auf der Zunge zergehen lässt, dann ist das doch ein Klimairrsinn, dem wir uns politisch verfallen fühlen.

(Beifall bei der CDU und bei der AfD)

Das kann und darf so nicht weitergehen. Den Menschen, die jeden Morgen früh aufstehen, zur Arbeit gehen und alles das erarbeiten, was unser Sozialstaat ausgeben kann,

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Diesen Wohlstand wird es mit dem Klimawandel nicht mehr geben!)

sind wir es schuldig, dass Energie weiterhin bezahlbar bleibt, mein lieber Herr Striegel, bezahlbar für jeden, und zwar für einkommensschwache Familien und für Familien mit mittlerem und hohem Einkommen. Das muss man einfach mal gesagt haben. Das gehört zu dieser ehrlichen Debatte dazu. Und Gott sei Dank habe ich die Zeit, das heute mit vortragen zu dürfen.

Mit einem besseren Schutz der Außengrenzen und einem einheitlichen Asylsystem wollen wir das so wichtige Sicherheitsversprechen Europas, das wir vor 70 Jahren gegeben haben, erneuern und unseren Sozialstaat vor Missbrauch schützen. Europa muss Verantwortung für die Welt übernehmen, damit beispielsweise Flüchtlingsursachen direkt im Land bekämpft werden können, damit Menschen aufgrund von Notsituationen nicht mehr ihre Heimat verlassen müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich mit Helmut Kohl enden. Er hat nicht nur

viel für Europa und für Deutschland gemacht, sondern auch viele gute Zitate vorgetragen.

(Andreas Steppuhn, SPD: Willy Brandt!)

- Natürlich auch Willy Brandt. Ihn hätte ich anführen können. Ich habe noch ein Zitat vom Helmut Schmidt, aber das lasse ich mal unten; die Zitate von Kohl sind besser.

(Heiterkeit bei der CDU)

Mit Helmut Kohl, der vieles zu Europa gesagt hat, will ich enden:

„Europa kann nicht zur neuen Heimat für Millionen Menschen weltweit in Not werden. [...] Nur wenn Europa mit einer Stimme spricht und seine Kräfte bündelt, kann es sein Gewicht angemessen zur Geltung bringen.“

Wenn wir das ehrlich den Menschen sagen und auch umsetzen, können sie uns vertrauen. Und wenn sie uns vertrauen, wird es nach der Europawahl am 26. Mai auch wieder ein starkes und verlässliches EU-Parlament geben. - Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Kurze. Ich habe drei Wortmeldungen: Frau Frederking, Herr Striegel und Herr Abg. Gallert. Möchten Sie die Fragen beantworten?

Markus Kurze (CDU):

Ich muss ganz ehrlich sagen, wir haben die Wortbeiträge schon gehört. Ich möchte die Fragen jetzt, ehrlich gesagt, nicht beantworten; denn man kann erahnen, was kommt. Wenn dasselbe kommt wie vorher, dann müssen wir uns das nicht ein zweites oder drittes Mal anhören. Beim besten Willen - -

(Zurufe von der AfD)

Kurzinterventionen können Sie gern machen, aber antworten möchte ich auf Ihre Fragen nicht. Denn wir wissen es ja von Herrn Gallert, er ist der Meister der Selbstverliebtheit.

(Beifall bei der CDU - Heiterkeit bei der AfD)

Von daher tue ich mir das heute nicht an; denn ich kenne seine Nachfragen.

(Zurufe von der AfD)

Meine Tochter hat mir für heute noch einmal mitgegeben: Lass Dich bloß nicht vom Frauenverteher fragen, das tue dir nicht an.

(Beifall bei der CDU - Heiterkeit bei und Zurufe von der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sehr geehrter Herr Kurze, ich denke, wann eine Kurzintervention zugelassen wird, sage noch immer ich. - Das tue ich hiermit. Wenn die Abgeordneten, die sich zu Wort gemeldet haben, eine Kurzintervention tätigen wollen, können sie dies natürlich gern tun. - Frau Frederking, Sie sind als Erste an der Reihe. Bitte.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Ich stelle fest, dass Herr Kurze zu Beginn seiner Rede meine Aussagen falsch wiedergegeben hat und etwas konstruiert hat, das nicht Thema meiner Rede war. Ich hätte ihn gefragt, mit welcher Äußerung in meiner Rede ich gegen Autofahrer gehetzt habe. Die Frage beantwortet er nun nicht. Ich hätte ihm mit meiner Frage auch die Gelegenheit gegeben, sich beim Parlament, das das ja anders gehört hat, und auch bei mir zu entschuldigen.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Da Herr Abg. Kurze nicht bereit ist zu antworten, gilt das als Kurzintervention. - Herr Striegel, jetzt sind Sie an der Reihe. Bitte.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Herr Kollege Kurze, ich fand es höchst unpassend und bitte Sie auch, das zurückzunehmen:

(Och! bei der AfD)

Sie haben meiner Kollegin Frau Frederking, die auf wissenschaftlicher Grundlage, wissenschaftsbasiert auf die Gefahren des Klimawandels und die drohende Klimakatastrophe hingewiesen hat, Wahn und Hysterie unterstellt.

(Zurufe von der AfD)

Sie haben meine Kollegin damit pathologisiert. Das halte ich für äußerst unangemessen. Ich bitte Sie, sich für diese Äußerung zu entschuldigen.

(Och! bei der AfD)

Ich will weiterhin darauf verweisen, dass wir den Wohlstand, den Sie hier zu verteidigen vorgeben, nur weiter werden halten können, wenn wir die Klimakrise

(Zurufe)

- es ist wissenschaftlich erwiesen, dass sie kommen wird - tatsächlich effektiv bekämpfen. Den

Wohlstand, den wir derzeit haben, werden wir in einer Klimakrise nicht halten können.

(Zurufe von der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Striegel. Hierzu sehe ich keine weitere Reaktion. - Herr Abg. Gallert, bitte.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Ich möchte auf eine Bemerkung des Kollegen Kurze, die unmittelbar an mich gerichtet war, reagieren. Ich kann Ihnen garantieren: Spätestens nach seiner Rede ist klar, dass die Vielfalt und die Spreizung der Strömungen innerhalb der CDU in der Europafrage deutlich größer sind als die Zahl der Strömungen in meiner Partei, werter Herr Kurze.

(Zustimmung bei der LINKEN - Zurufe von der CDU)

Ich möchte am Ende auch noch sagen: Jeder entscheidet über das Niveau seines Vortrages selbst.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin froh, dass es eine ganze Reihe von Vertretern innerhalb der CDU gibt, die in der Europapolitik unterwegs sind, mit denen man sich sehr wohl angemessen auf einem guten Niveau über diese Dinge streiten kann. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Gallert. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit sind wir am Ende der Debatte. Beschlüsse in der Sache werden nicht gefasst. Damit ist der Tagesordnungspunkt 2 beendet.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 3

Beratung

Verordnung über personelle Anforderungen für stationäre Einrichtungen und betreute Wohngruppen nach dem Wohn- und Teilhabegesetz des Landes Sachsen-Anhalt (Wohn- und Teilhabegesetz-Personalverordnung - WTG-PersVO)

Beschlussempfehlung Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration - **Drs. 7/3967**

Änderungsantrag Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/4142**

Bevor wir zur Berichterstattung kommen, darf ich die zweite Gruppe von Schülerinnen und Schülern

des Burg-Gymnasiums Wettin recht herzlich bei uns im Hohen Hause begrüßen. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Berichterstatter ist der Abg. Herr Siegmund. Sie haben das Wort, bitte.

Ulrich Siegmund (Berichterstatter):

Vielen Dank, sehr geehrte Frau Präsidentin. - Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gemäß § 33 Abs. 1 Nrn. 2 und 3 des Gesetzes über Wohnformen und Teilhabe des Landes Sachsen-Anhalt wird das für Heimrecht zuständige Ministerium ermächtigt, durch Verordnung zur Durchführung dieses Gesetzes Regeln zu erlassen für die Eignung der Einrichtungsleitung, der Pflegedienstleitung, der Fachbereichsleitung und der Beschäftigungen in stationären Einrichtungen und betreuten Wohngruppen, für die Fort- und Weiterbildung dieser Beschäftigten sowie für den Anteil der Fachkräfte an den in der Pflege und Betreuung tätigen Beschäftigten.

Vor dem Erlass der Verordnung ist gemäß § 33 Abs. 2 des Gesetzes über Wohnformen und Teilhabe des Landes Sachsen-Anhalt das Einvernehmen mit dem Landtag herzustellen. Der Verordnungsentwurf der Landesregierung wurde von der Landesregierung in ihrer Sitzung am 8. Januar 2019 zur Kenntnis genommen und dem Landtag mit Schreiben vom 10. Januar 2019 übersandt. Der Landtag wurde gebeten, bis zum 22. Februar 2019 zu dem Verordnungsentwurf Stellung zu nehmen, anderenfalls würde eine zustimmende Kenntnisnahme vorausgesetzt.

Das Schreiben wurde von der Landtagspräsidentin umgehend zur Beratung und Herstellung des Einvernehmens an den Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration übersandt.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration kam in der 34. Sitzung am 16. Januar 2019 überein, sich mit dem Verordnungsentwurf zu befassen und eine Stellungnahme zu erarbeiten, über die der Landtag bereits in seiner vergangenen Sitzungsperiode Ende Februar 2019 beraten und beschließen sollte. Diese Vorgehensweise setzte jedoch eine Fristverlängerung seitens der Landesregierung für die Abgabe der Stellungnahme voraus, die die Landesregierung in der genannten Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Integration bereits mündlich in Aussicht stellte.

Mit Schreiben der Landtagspräsidentin vom 30. Januar 2019 an die Landesregierung wurde über das im Ausschuss vereinbarte Verfahren und die vom Sozialministerium in Aussicht gestellte Fristverlängerung offiziell informiert.

Der Sozialausschuss befasste sich in der 35. Sitzung am 20. Februar 2019 mit dem Verordnungsentwurf. Der Landesregierung sind im Vorfeld der Beratung die von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN formulierten Fragen und Anmerkungen bzw. Anregungen zugegangen. Dem Ausschuss lag zur Beratung eine Stellungnahme der Fraktion DIE LINKE vor. Des Weiteren ist dem Ausschuss zur Beratung eine Stellungnahme der Liga der Freien Wohlfahrtspflege zugegangen.

Ein Beschlussvorschlag der regierungstragenden Fraktionen, in dem die Streichung des § 8 Abs. 3 Satz 2 der Verordnung empfohlen wird, wurde als Tischvorlage verteilt und im Ergebnis der Beratungen mit 6 : 0 : 5 Stimmen beschlossen. Diese Beschlussempfehlung lag dem Landtag bereits zu seiner 31. Sitzungsperiode am 28. Februar und 1. März 2019 in der Drs. 7/3967 vor.

Der Sozialausschuss empfahl darüber hinaus, eine Beratung im vereinfachten Verfahren gemäß § 38 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Landtages durchzuführen.

Nachdem die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Integration als Drucksache veröffentlicht worden war, teilte die Liga der Freien Wohlfahrtspflege Bedenken gegen eine Streichung des § 8 Abs. 3 Satz 2 der Verordnung mit. Das Schreiben der Liga - es handelt sich hierbei um eine E-Mail vom 22. Februar 2019 - wurde an die Mitglieder des Sozialausschusses als Vorlage 1 zu der in Rede stehenden Beschlussempfehlung verteilt.

Nachdem die Bedenken der Liga bekannt geworden waren, hat die Fraktion DIE LINKE der Behandlung dieser Verordnung im vereinfachten Verfahren widersprochen. Daraufhin sollte der Tagesordnungspunkt im regulären Verfahren behandelt werden.

Auch die Landesarbeitsgemeinschaft der privaten Verbände in Sachsen-Anhalt wandte sich mit Schreiben vom 25. Februar 2019 an den Landtag und teilte ihre Bedenken gegen eine Streichung des § 8 Abs. 3 Satz 2 der Verordnung mit. Dieses Schreiben wurde ebenfalls verteilt und lag dem Plenum in der Vorlage 2 zur Drs. 7/3967 vor.

Im Einvernehmen mit den anderen Fraktionen des Hohen Hauses beantragte die Fraktion der SPD zu Beginn der Landtagssitzung am 28. Februar 2019 die Absetzung dieses Tagesordnungspunktes.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Beschlussempfehlung in der Drs. 7/3967 liegt heute erneut zur Beratung und Beschlussfassung vor. Im Namen des Ausschusses bitte ich Sie, dieser zu folgen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank an den Berichtersteller Abg. Herrn Siegmund. - Die parlamentarischen Geschäftsführer der einzelnen Fraktionen haben beschlossen, dass dieser Tagesordnungspunkt ohne Debatte durchgeführt wird. Wir steigen somit in das Abstimmungsverfahren ein.

Als Erstes stimmen wir über den Änderungsantrag in der Drs. 7/4142 ab. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen.

(Rüdiger Erben, SPD: Ist das der Änderungsantrag?)

- Das ist der Änderungsantrag der Fraktionen der CDU, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Zustimmung sehe ich bei der Fraktion der AfD, bei den Fraktionen der CDU, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei einem fraktionslosen Abgeordneten. Wer stimmt dagegen? - Niemand. Wer enthält sich der Stimme? - Die Fraktion DIE LINKE und ein fraktionsloses Mitglied des Landtages enthalten sich der Stimme.

Wir stimmen nunmehr über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Integration in der Drs. 7/3967 ab. Wer dieser seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: In der geänderten Fassung?)

- Ja, in der geänderten Fassung. Entschuldigung, das habe ich nicht gesagt. - Zustimmung sehe ich bei den Koalitionsfraktionen, also bei der CDU, bei der SPD und bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der Fraktion der AfD und bei zwei fraktionslosen Mitgliedern. Wer stimmt dagegen? - Niemand. Wer enthält sich der Stimme? - Die Fraktion DIE LINKE enthält sich der Stimme.

Wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 4

Wahl von zwei Ersatzpersonen als stimmberechtigte Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses

Wahlvorschlag Landesregierung - **Drs. 7/4138**

Gemäß § 10 Abs. 2 Satz 1 Nrn. 2 bis 9 in Verbindung mit Absatz 3 Satz 2 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes des Landes Sachsen-Anhalt werden die Vorschläge für die Wahl von zwei Ersatzpersonen als stimmberechtigte Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses, soweit sie nicht von der obersten Landesjugendbehörde zu

berufen sind, auf Vorschlag der in § 10 Abs. 2 Satz 1 Nrn. 2 bis 9 KJHG-LSA genannten Stellen, nach § 10 Abs. 4 KJHG-LSA hilfsweise auf Vorschlag der obersten Landesjugendbehörde, vom Landtag gewählt.

Ich gehe davon aus, dass die Wahl gemäß § 77 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtages durch Handzeichen erfolgen kann. Oder widerspricht ein Mitglied des Landtages diesem Vorschlag? - Das sehe ich nicht. Dann steigen wir in das Abstimmungsverfahren ein. Wer dem Wahlvorschlag in der Drs. 7/4138 zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen.

(Robert Farle, AfD: Einzel! - Sebastian Striegel, GRÜNE: Sie haben nicht widersprochen! - Zurufe von der AfD)

- Sie hätte das vorher beantragen müssen.

(Zustimmung bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Das ist nicht beantragt worden.

(Unruhe bei der AfD - Robert Farle, AfD: Frau Präsidentin, wenn nicht die Möglichkeit für eine Einzelabstimmung besteht, können wir auch alles ablehnen! - Siegfried Borgwardt, CDU: Das hat sie doch aber gefragt! - Weitere Zurufe)

- Herr Farle, es tut mir leid, aber das hätte im Vorfeld beantragt werden müssen. Wir sind mitten im Abstimmungsverfahren. Das hätte vorher beantragt werden müssen.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Sie haben nicht widersprochen! Wir sind mitten in der Abstimmung! - Hendrik Lange, DIE LINKE: Genau!)

Ich stelle noch einmal den Wahlvorschlag in der Drs. 7/4138 zur Abstimmung. Wer diesem Wahlvorschlag zustimmt, den bitte ich um das Karten- oder Handzeichen. - Das sind die Koalitionsfraktionen und die Fraktion DIE LINKE sowie ein fraktionsloses Mitglied. Wer stimmt dagegen? - Das ist die AfD-Fraktion. Wer enthält sich der Stimme? - Ein fraktionsloses Mitglied enthält sich der Stimme. Damit ist der Tagesordnungspunkt 4 erledigt.

Wir kommen zu dem letzten Tagesordnungspunkt, dem

Tagesordnungspunkt 5

Beratung

Stellungnahme zu dem Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht - Landesverfassungsgerichtsverfahren LVG 6/18 (ADrs. 7/REV/58)

Beschlussempfehlung Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung - Drs. 7/4139

(Unruhe)

- Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte noch um etwas Ruhe. Ansonsten sagen Sie hinterher, Sie haben es nicht verstanden.

(Zustimmung)

Die Behandlung erfolgt gemäß § 38 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Landtages im vereinfachten Verfahren. Daher treten wir unmittelbar in das Abstimmungsverfahren ein.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Recht, Verfassung und Gleichstellung in der Drs. 7/4139 seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen bzw. um das Handzeichen. - Das sind die Koalitionsfraktionen und die Fraktion DIE LINKE. Wer stimmt dagegen? - Das sind die AfD-Fraktion und ein fraktionsloses Mitglied. Wer enthält sich der Stimme? - Das andere fraktionslose Mitglied enthält sich der Stimme. Damit ist der Tagesordnungspunkt 5 erledigt.

Schlussbemerkungen

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind damit am Ende der heutigen Sitzung des Landtages angelangt. Bevor ich die Sitzung schließe, noch folgender Hinweis: Zu unserer unter Tagesordnungspunkt 1 getroffenen Entscheidung, den Gesetzentwurf zur Änderung des Kommunalverfassungsgesetzes in den Ausschuss für Inneres und Sport zu überweisen, möchte ich Ihnen mitteilen, dass dieser sich sogleich der Aufgabe annehmen und sich im Raum B1 07 treffen wird.

Damit schließe ich die heutige Sitzung und berufe den Landtag zu der 33. Sitzungsperiode für den 4. und 5. April 2019 ein. Ich wünsche allen im Weiteren noch einen erfolgreichen Fraktionstag.

Schluss der Sitzung: 12:47 Uhr.

